



ABSCHLUSSBERICHT 2025

# Unternehmen als Orte gelebter Demokratie

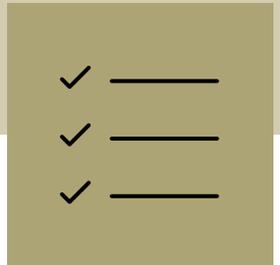
Ein Weiterbildungsprogramm des Landtags Rheinland-Pfalz

LANDTAG  
RHEINLAND-PFALZ



ADG

# Inhalt



Vorwort.....	4
Zusammenfassung.....	6
Vorbemerkung.....	8
1. Einleitung.....	10
1.1 Vielfalt und Sinnordnung der Demokratie.....	10
1.2 Modelle der Demokratie.....	10
1.3 Globale Entwicklungen: Demokratisierung und Autokratisierung.....	11
1.4 Wirtschaft und Bildung als Räume der Demokratiegestaltung.....	12
2. Methoden.....	13
3. Auswertung.....	15
3.1 Demokratieverständnis.....	15
3.1.1 Demokratie in der Gesellschaft.....	15
3.1.2 Grenzen und Gefahren der Demokratie.....	17
3.1.3 Demokratie in Unternehmen.....	20
3.1.4 Grenzen der Demokratie in Unternehmen.....	21
3.1.5 Schutz der Demokratie.....	22
3.1.6 Orte der Demokratie.....	23
3.2 Persönliche Perspektiven.....	24
3.2.1 Der Blick auf das innenpolitische Geschehen.....	24
3.2.2 Politische Ausrichtungen.....	25
3.2.3 Die Priorisierung politischer Ebenen.....	25
3.2.4 Austausch über politische Themen.....	26
3.2.5 Mediennutzung.....	27

3.3	Das Bildungsangebot des Landtags .....	28
3.3.1	Erwartungen an das Bildungsangebot.....	28
3.3.2	Beobachtungen aus den Workshops .....	29
3.3.3	Erwartungserfüllungen.....	31
3.3.4	Verbesserungsvorschläge .....	31
3.3.5	Empfehlungen der Teilnehmenden .....	32
3.4	Perspektiven auf die Demokratie nach den Workshops .....	33
3.4.1	Werte im Wandel?.....	33
3.4.2	Lerneffekte.....	34
3.4.3	Unternehmerische Transformation.....	35
4.	Die Forschungsergebnisse im gesellschaftlichen Kontext .....	37
5.	Empfehlungen .....	39
5.1	Das Bildungsangebot des rheinland-pfälzischen Landtags .....	39
5.1.1	Demokratie als gelebte Praxis: Herausforderungen und Prinzipien .....	39
5.1.2	Demokratiebildung in Unternehmen: Erkenntnisse aus den Workshops.....	39
5.1.3	Empfehlungen für weitere Workshops.....	40
5.2	Erzeugung politischer Nähe .....	42
5.2.1	Demokratie im Alltag und die Rolle der Politik.....	42
5.2.2	Bildung und Beteiligung als Schlüssel zur politischen Nähe.....	43
5.2.3	Empfehlungen für die Politik .....	44
6.	Quellenverzeichnis.....	45

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern in unseren Publikationen hauptsächlich die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat ausschließlich redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

# Vorwort



Weltweit geraten Demokratien unter Druck, aktuell gehen mehr demokratische Staaten verloren als neue entstehen. Rund 70 Prozent aller Menschen leben in autoritären Systemen, während nur noch jeder dritte Mensch in einer funktionierenden Demokratie lebt. Auch in Deutschland, in Rheinland-Pfalz werden antidemokratische Tendenzen zunehmend sichtbar. Populistische und extremistische Positionen finden vermehrt ihren Weg in die gesellschaftliche und politische Mitte und die Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Verschwörungsdenken, offline sowie online, ist nahezu alltäglich geworden. Gleichzeitig wachsen das Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen und die Distanz vieler Menschen zur Politik. Hinzu kommen die jüngsten Wahlerfolge von Parteien, die am Rande oder außerhalb des demokratischen Spektrums stehen. Diese Entwicklungen sind eine ernsthafte Bedrohung für unseren demokratischen Staat und unsere demokratische Kultur.

Was können wir dem entgegensetzen? Wie können wir unsere Demokratie schützen? Ein Baustein – neben vielen anderen – ist die politische Bildung. Ihr kommt die wichtige Aufgabe zu, das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für politische Sachverhalte zu erweitern, ihr demokratisches Bewusstsein zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Als Landtagspräsident halte ich daher die Demokratiebildung für eine unserer wichtigsten Aufgaben. Demokratie ist nicht nur eine Staats- und Herrschaftsform, sondern vor allem eine Lebensform: Demokratische Werte wie Respekt und Toleranz, Vielfalt und persönliche Freiheit betreffen alle Lebensbereiche und müssen von uns allen tagtäglich gelebt und eingefordert werden. Das gilt auch für den Arbeitsplatz, an dem viele Menschen einen Großteil ihrer Zeit verbringen. Hinzu kommt, dass das Arbeitsumfeld oftmals ein Spiegel der Gesellschaft ist: Aktuelle gesellschaftliche und politische Debatten und Konflikte werden hier ebenso sichtbar wie in der medialen Öffentlichkeit oder im privaten Familien- und Freundeskreis. Als zentraler gesellschaftlicher Akteur ist damit auch die Wirtschaft, sind die vielen Unternehmen in unserem Land gefragt, sich in ihrem Umfeld aktiv für die Demokratie einzusetzen.

Das Weiterbildungsprogramm des rheinland-pfälzischen Landtags, das unter dem Motto „Unternehmen als Orte gelebter Demokratie“ stattfindet, knüpft daran an und greift das Thema Demokratie in der Wirtschafts- und Arbeitswelt auf. In einem zweitägigen interaktiven Workshop im Landtag und im jeweiligen Betrieb vor Ort

beschäftigen sich die Auszubildenden der Unternehmen zunächst mit den Grundlagen, Werten und aktuellen Herausforderungen der Demokratie und lernen die Aufgaben und Funktionen des Landtags kennen. Das Verhältnis von Demokratie und Wirtschaft vertiefen die Auszubildenden danach in einem gemeinsamen Austausch mit ihren Führungskräften. Dabei diskutieren sie beispielsweise darüber, wie demokratische Werte im Arbeitsalltag gelebt werden, welche Rolle die Aspekte Mitsprache und Partizipation im Unternehmen spielen und wie Unternehmen sich für eine demokratische Gesellschaft engagieren können.

Mit dem Programm wollen wir ein besseres Verständnis für den größeren Zusammenhang von Demokratie, Politik und Wirtschaft fördern und eine Nähe zu der persönlichen Lebensrealität herstellen. Gleichzeitig wollen wir Unternehmen und ihre Mitarbeitenden dafür sensibilisieren, dass sie durch ihr Engagement nicht nur das demokratische Miteinander, sondern auch das eigene wirtschaftliche Umfeld nachhaltig stärken. Umso erfreulicher ist es, dass das Bildungsangebot seitens der Unternehmen in Rheinland-Pfalz bislang sehr gut angenommen wurde. Daran merken wir, wie wichtig und relevant das Thema in der heutigen Zeit auch aus Unternehmenssicht ist.

Um die Wirksamkeit des Bildungsangebots zu prüfen, wurde das Programm im Jahr 2024 von der Akademie Deutscher Genossenschaften e.V. wissenschaftlich begleitet. Dabei standen beispielsweise die Fragen im Fokus, wie wirksam Demokratiebildung in Unternehmen ist, ob und inwiefern das Angebot das Demokratieverständnis der Teilnehmenden fördert, wie Unternehmen und ihre Auszubildenden und Führungskräfte das Thema Demokratie auffassen und welche Möglichkeiten zur Teilhabe in Unternehmen von den Mitarbeitenden gesehen werden.

Die Evaluation des Angebots leistet einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung sowie zur Weiterentwicklung des Bildungsangebots und ermöglicht uns gleichzeitig, einen schärferen Blick und ein besseres Verständnis für die Bedarfe und Perspektiven der Zielgruppe zu erhalten. Es freut mich daher sehr, dass das Programm bei den teilnehmenden Unternehmen eine nachhaltige Wirkung zeigt. Die Evaluation zeigt, dass das Demokratieverständnis der Teilnehmenden durch das Bildungsangebot geschärft werden konnte und dass die beteiligten Unternehmen nach ihrer Teilnahme bereits erste Impulse für demokratische Prozesse und Engagement in ihrem Betrieb aufgegriffen haben.

Mein herzlicher Dank gilt der Akademie Deutscher Genossenschaften e. V. und dem Projektteam von Dr. Viktoria Schäfer, Dr. Andreas Walker, Katharina Isack und Laura Heinz für die Durchführung dieser Evaluation.



Hendrik Hering,  
Präsident des Landtag Rheinland-Pfalz

# Zusammenfassung



Der rheinland-pfälzische Landtag bietet für Auszubildende und Führungskräfte rheinland-pfälzischer Unternehmen das Bildungsprogramm „Unternehmen als Orte gelebter Demokratie“ an. Das Bildungsprogramm umfasst einen zweitägigen interaktiven Workshop im Landtag und in den Unternehmen. Auszubildende beschäftigen sich währenddessen mit den Grundlagen, Werten und Herausforderungen der Demokratie im Landtag und vertiefen die Thematik Demokratie und Wirtschaft zusammen mit Führungskräften in den Unternehmen.

## Ziele des Bildungsprogramms sind

- als Landtag im gemeinsamen Austausch mit Auszubildenden und Führungskräften Impulsgeber und Partner aus der Politik für eine Auseinandersetzung mit dem Thema Demokratie in der Wirtschaft zu sein;
- das gegenseitige Verständnis für den größeren Zusammenhang von Demokratie, Politik, Wirtschaft und persönlicher Lebensrealität zu fördern;
- ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten können, was nicht nur aus normativer, sondern auch aus wirtschaftlicher Perspektive relevant ist.

Das Bildungsangebot wurde 2024 von der ADG forschend begleitet. Die Forschung bestand aus einer Interviewstudie mit Auszubildenden und Führungskräften und einer nicht-teilnehmenden Beobachtung der Workshops im Landtag und in den Unternehmen.

## Zentrale Ergebnisse

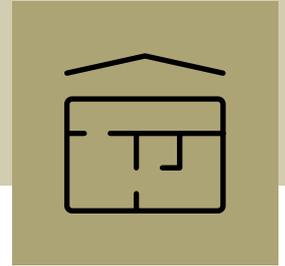
- **Freie Meinungsäußerung, Gleichberechtigung und Respekt vor der Meinung anderer** waren diejenigen Werte, die von den Beteiligten mit Demokratie am häufigsten assoziiert wurden.
- Die teilnehmenden **Unternehmen** begriffen sich in der Regel als demokratisch strukturiert, auch wenn diesbezüglich Verbesserungspotential gesehen wurde.
- **Unternehmerisches Entscheiden** ist vom Prinzip undemokratisch, Entscheidungsfindungen können durch Einbeziehung der Mitarbeitenden jedoch ein demokratischer Prozess sein.
- **Demokratische Abstimmungsprozesse** sind häufig mühsam und zeitaufwändig, **lohn**en sich aber auch angesichts der zunehmenden Bedrohung der Demokratie durch extreme Parteien.

- Das **Bewusstsein für Demokratie** hatte sich nach dem Bildungsprogramm bei den Beteiligten geschärft.
- Durch das Bildungsprogramm wurden erste **Veränderungsprozesse in den Unternehmen** angestoßen, um regelmäßig einen Austausch von Auszubildenden und Führungskräften zu etablieren.
- Das Bildungsprogramm vermittelte nicht nur demokratisches Wissen, es war zugleich ein **Katalysator** für kommunikative Prozesse in den Unternehmen.

Dem rheinland-pfälzischen Landtag gelingt es mit seinem Bildungsangebot, die Unternehmen zu strukturellen demokratischen Veränderungsprozessen anzuregen. Demokratische Strukturen in Unternehmen zu thematisieren und zu fördern, ist gerade deshalb bedeutend, weil politische Einstellungen wesentlich im Arbeitsumfeld geprägt werden.

Da Unternehmen einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten können, ist es deshalb zu empfehlen, dieses Bildungsprogramm beizubehalten und es eventuell zeitlich wie inhaltlich zu erweitern und auf andere Organisationsformen auszudehnen.

## Vorbemerkung



Der rheinland-pfälzische Landtag bietet für Auszubildende und Führungskräfte rheinland-pfälzischer Unternehmen das Bildungsprogramm „Unternehmen als Orte gelebter Demokratie“ an. Damit möchte der Landtag Auszubildenden und Führungskräften eines Unternehmens die Möglichkeit bieten, „sich gemeinsam mit dem Thema Demokratie und Wirtschaft auseinanderzusetzen“, um sowohl Antworten auf die Fragestellungen zur Demokratie zu finden „als auch entsprechende Handlungsmöglichkeiten kennenzulernen“ (Landtag Rheinland-Pfalz, 2024).

Das Bildungsprogramm umfasst einen zweitägigen interaktiven Workshop, wobei jeweils ein Tag nur für die Auszubildenden im Landtag in Mainz und ein Tag für die Auszubildenden und Führungskräfte vor Ort im entsprechenden Unternehmen durchgeführt wird. Die Auszubildenden setzen sich mit den Grundlagen, Werten und Herausforderungen der Demokratie im Landtag auseinander und vertiefen die Thematik Demokratie und Wirtschaft zusammen mit Führungskräften in den Unternehmen. Ziel ist es, die Teilnehmenden für demokratische Prozesse zu sensibilisieren und zu fragen, inwiefern „Unternehmen eine Verantwortung dafür [haben], sich in der Gesellschaft für die Demokratie zu engagieren“ (Landtag Rheinland-Pfalz, 2024).

Die Akademie Deutscher Genossenschaften e.V. hat vom Landtag den Auftrag erhalten, das Bildungsprogramm 2024 zu begleiten und zu evaluieren.

Die folgende Studie entstand vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse vor allem des Jahres 2024, wobei sie auch Berührungspunkte mit dem Krieg in der Ukraine, der Corona-Pandemie und sogar der US-Wahl 2016, bei der Donald Trump zum ersten Mal zum Präsidenten gewählt wurde, aufweist. Das Jahr 2024 war geprägt von der Europawahl, die in Deutschland am 09. Juni stattfand, und den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen am 1. September und in Brandenburg am 22. September. Bei allen vier Wahlen nahmen die Stimmen für rechtsgerichtete, in Teilen demokratiefeindliche Parteien zu. Bundespolitisch führte die Entlassung von Finanzminister Christian Lindner am 6. November durch Bundeskanzler Olaf Scholz zu einem Bruch der Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Schließlich brachte der Bundeskanzler einen Antrag zur Vertrauensfrage in den Bundestag ein, woraufhin ihm die Mehrheit der Abgeordneten in einer Sondersitzung am 16. Dezember das Vertrauen verweigerte. Für den 23. Februar 2025 wurden Neuwahlen angesetzt. Auf Landesebene erklärte Malu Dreyer aus gesundheitlichen Gründen am 19. Juni ihren Rücktritt als Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz. Ihr folgte am 10. Juli Alexander Schweitzer als Ministerpräsident nach.

Diese Vorbemerkung ist deshalb nötig, da die Studiendaten von März bis Dezember 2024 gesammelt und aufgezeichnet wurden. Die subjektiven Perspektiven auf die Demokratie, die wir eingefangen haben, sind häufig nicht unabhängig von dem aktuellen politischen Tagesgeschehen. Dies ist im Grunde erfreulich, zeigt es doch, dass die Mehrheit der Teilnehmenden ein Interesse an Politik hat und nicht in Politikverdrossenheit versinkt. Einen Anstieg am politischen Interesse bei Jugendlichen (Alter 15 bis 25) konnte auch die Shell Jugendstudie 2024 bestätigen (Albert et al., 2024). Dieses Interesse ist aber nicht uneigennützig, denn es könnte besonders dann wachsen, wenn gesellschaftliche Unsicherheiten zunehmen, die zu einer intensivierte Politikwahrnehmung führen.

Die politischen Entwicklungen der letzten Wochen und Monate, zu nennen wären hier etwa die Anschläge von Aschaffenburg im Januar und München im Februar 2025 oder die Neujustierung des transatlantischen Bündnisses zwischen Europa und den USA durch die Regierung Trump, lassen vermuten, dass die in dieser Studie Befragten, würde man sie nach diesen Geschehnissen interviewen, sich noch einmal differenzierter über Fragen der Asylpolitik, über die Fragilität der Demokratie und über die internationale Stellung Deutschlands und Europas in der Welt äußern würden.

# 1. Einleitung

## 1.1 Vielfalt und Sinnordnung der Demokratie

Von ihrem Begriff her meint Demokratie die Herrschaft des Volkes. Der Begriff der Demokratie umfasst demnach Formen der Herrschaftsorganisation, bei denen das Volk im Mittelpunkt steht (Volkssouveränität). Demokratie basiert auf Partizipation und Teilhabe und fußt auf – in einer Verfassung verankerten – den Bürgerinnen und Bürgern zugesicherten Grundrechten. Zu der in den westlichen Ländern herausgebildeten liberalen Demokratie gehören allgemeine, freie wie geheime Wahlen.

Demokratie kann sich als unmittelbare Demokratie zeigen, bei der das Volk direkt eine politische Entscheidung fällt, oder als repräsentative Demokratie, bei der gewählte Repräsentanten die politischen Entscheidungen treffen. Im letzten Fall setzt Demokratie den Gedanken der Volkssouveränität voraus, auch wenn diese sich in ihrer Repräsentation nicht immer realisiert bzw. realisieren lässt.

Demokratie ist darüber hinaus ein schöpferisches Gestalten von Welt, das der Fülle von Formen Ausdruck im gemeinschaftlichen Raum gibt. Demokratie ist so gesehen diejenige Lebensform, die der menschlichen Existenz in ihrer Vielfalt entspricht. Sie ist damit der Begriff für eine Sinnordnung.

Eine Aufgabe der Politik ist es, diese Sinnordnung zu ermöglichen und damit sicherzustellen, dass Leben nicht allein für sich, sondern nur in Gemeinschaft einen Wert hat. Die gegenwärtigen Transformationen der Lebens- und Arbeitswelt erfordern eine gesellschaftliche Neuorientierung, die sich innerhalb der Ökonomie auch neuer Formen des Wir besinnt – gerade auch weil es immer wieder von verschiedenen Seiten Bestrebungen gibt, dieses Wir und damit die demokratische Lebensform infrage zu stellen. Aufgrund ihrer vielfältigen Formen und Ausprägungen ist Demokratie somit mehr als eine Herrschafts- oder Staatsform (Derrida, 2003: 47). Demokratie als Lebensform liegt denn auch dem Konzept des Bildungsprogramms des Landtags zugrunde und war Anlass, dieses zu etablieren.

## 1.2 Modelle der Demokratie

Demokratie ist nicht gleich Demokratie. Demokratien lassen sich in Modelle einteilen. Für ein minimalistisches Demokratiemodell reichen freie, gleiche und geheime Wahlen, um als Demokratie zu gelten. Das mittlere Demokratiemodell ergänzt diese Wahlen um ein Mindestmaß an Menschen-, Grund- und Bürgerrechten. Ohne Rechtstaatlichkeit und Gewaltenteilung keine Demokratie. Im maximalistischen Demokratiemodell treten noch sozialpolitische Aspekte wie Wohlstand, faire Verteilung von Gütern und sozialstaatliche Garantien (Sozialhilfe, Eltern- und Kindergeld, Beiträge zu den Sozialversicherungen etc.) hinzu (Merkel, 2023: 47 ff.). Bezogen auf den rheinland-pfälzischen Landtag ließen sich die dort vertretenden Parteien zwischen dem mittleren Demokratiemodell und dem maximalistischen verorten. Und man könnte ergänzen: Je mehr sich eine Gesellschaft reflektiert, umso höher ist ihr Demokratisierungsgrad.

Freiheit und Gleichheit gelten als Grundpfeiler der Demokratie, die auf der einen Seite einen liberalen Zugang zur Demokratie, auf der anderen Seite einen sozialen



Zugang betonen. Ergänzen lassen sich diese beiden Prinzipien um das Prinzip der Kontrolle, damit Freiheit und Gleichheit im Gleichgewicht bleiben (Merkel, 2023: 52). Demokratische Formen von Individualität ergeben sich jeweils aus der Identifikation mit den entsprechenden demokratischen Werten (Mouffe, 2008: 77).

Der politische Wettbewerb ist geprägt von pluralistischer Meinungsvielfalt. Es ist nicht der Konsens, den die demokratischen Verfahrensweisen erstreben, sondern der Kompromiss zwischen verschiedenen Interessen (Kelsen, 2023: 80). Kompromisse sind deshalb notwendig, da in einer repräsentativen Demokratie das Parlament von der stimmlichen Majorität bestimmt wird, die die Existenzberechtigung der Minorität anzuerkennen hat, wobei es gilt, die Anderen als Andere anzuerkennen. Damit ist Demokratie immer schon mehr als eine politische Ordnung. Sie ist der Raum geteilter Existenz (Nancy, 2009: 64) und ein Projekt (Calhoun et al., 2024: 412), das nie vollendet ist, bzw. etwas, „was noch *im Kommen bleibt*“ (Derrida, 1992: 57). Die Demokratie ist sogar das einzige politische System, in dem man das Recht hat, „alles öffentlich zu kritisieren, einschließlich der Idee der Demokratie“ (Derrida, 2003: 124). Beständig sind Demokratien aufgefordert, sowohl alte Grenzen aufzuheben und auszusetzen als auch neue aufzuzeigen und festzulegen (Derrida, 2002: 156).

Vollständige Demokratien parlamentarischer Natur bestehen aus geschriebenen, expliziten Gesetzen und Verfahrensweisen sowie aus ungeschriebenen, impliziten Regeln. Zu denen gehören gegenseitige Toleranz und institutionelle Nachsicht (Levitsky und Ziblatt, 2019: 125). Gegenseitige Toleranz meint, dass alle Rivalen des parlamentarischen Diskurses das gleiche Recht zu existieren haben, gerade auch wenn sie unterschiedliche Meinungen vertreten. Institutionelle Nachsicht meint eine Zurückhaltung im politischen Handeln, denn nicht alles, was legitim möglich ist, ist politisch zielführend oder atmet den ‚Geist‘ der Gesetze; sie bezeichnet im politischen Handeln ein „fair play“. Im Gegensatz dazu lassen sich antidemokratische Tendenzen anhand von vier Verhaltensweisen ausmachen: 1. Ablehnung demokratischer Spielregeln; 2. der politischen Opposition die Legitimität absprechen; 3. Toleranz gegenüber Gewalt; und 4. die Bereitschaft, bürgerliche Freiheiten von Gegnern und Medien einzuschränken (Levitsky und Ziblatt, 2019: 26).

### 1.3 Globale Entwicklungen: Demokratisierung und Autokratisierung

Nach dem Transformationsindex (BTI) der Bertelsmann Stiftung waren 2022 nur 67 der 137 untersuchten Länder Demokratien. Die Zahl der Autokratien stieg auf 70, Tendenz weiter steigend. Die Autokratisierung zeige sich etwa in der Einschränkung von Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Ursache sei die „einseitige Konzentration der politischen Eliten auf politische und wirtschaftliche Machtsicherung“ – durch „Abbau von Rechtsstaatlichkeit und Freiheitsrechten“ (Bertelsmann Stiftung, 2022).

Zu einem ähnlichen Schluss kommt der Demokratieindex der Zeitschrift The Economist, der die Demokratieentwicklung von 167 Ländern untersuchte. Demnach lebten 2023 nur 7,8 % der Weltbevölkerung in einer vollständigen Demokratie, zusammen mit dem Anteil der Weltbevölkerung, der in einer unvollständigen Demokratie lebt, macht dies 45,4 % aus, jedoch lebten 39,4 % der Weltbevölkerung in autoritären Regimen. Im Vergleich zu 2022 ist dieser Wert um 2,5 Prozentpunkte gestiegen (Economist Intelligence, 2024). Deutschland ist indes im Demokratieindex von Platz 14 im Jahr 2022 auf Platz 12 im Jahr 2023 aufgestiegen.

Zu etwas anderen Zahlen kommt der Democracy Report des V-Dem Institute aus Göteborg, der 202 Länder untersuchte und den Schluss zieht, dass 88 Autokratien 91 Demokratien gegenüberstehen, dass aber bereits jetzt 71 % der Weltbevölkerung in Autokratien leben würden. Die restlichen Länder würden Transitionsprozesse – zu- meist hin zu mehr Autokratie – durchlaufen (Nord et al., 2024).

Als Staatsform weiß die Demokratie, dass es nur relative Wahrheiten gibt; ihre Grundsätze zielen auf eine pluralistische Gesellschaft. Dies unterscheidet sie grundlegend von der Autokratie, die auf eine absolute Wahrheit baut, die religiös und/oder mystisch/mystizistisch verklärt wird. Diese Gesellschaftsform soll homogen sein, in der es einen eindeutigen Führer gibt. In der Demokratie soll es gerade keinen Führer geben, weil jeder/jede Führer/Führerin werden kann. Das bedeutet wiederum, dass es eine „Erziehung zur Demokratie“ (Kelsen, 2023: 119) geben sollte, um dieses demokratische Versprechen einlösen zu können. Erziehung befähigt Individuen, sich für gesellschaftliche wie soziale Zwecke zu engagieren und diese freiwillig mitzugestalten. „Eine Demokratie ist mehr als eine Regierungsform; sie ist vor allem eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen kommunizierten Erfahrung“ (Dewey, 1930: 101). Um für diese Erfahrung zu disponieren, bedarf es der demokratischen Erziehung.

#### **1.4 Wirtschaft und Bildung als Räume der Demokratiegestaltung**

Demokratien können unter einem Glaubwürdigkeitsverlust leiden, wenn sie selbst als fremdbestimmt wahrgenommen werden. Dies ist etwa dann der Fall, wenn die Regularien, die die Politik beschließt, unter dem Einfluss eines Wirtschaftszweiges stehen (Crouch, 2021: 99) oder wenn Interessengruppen derart auf die Politik einwirken, dass sie ihre Entscheidungen nach diesen Interessen ausrichtet. Problematisch wird dies insbesondere, wenn Unternehmen nicht mehr nur indirekt etwa durch Investitionen Einfluss auf die Politik nehmen, sondern direkt durch die Finanzierung eines Staates (Streek, 2015: 166). Wenn Staaten unter die Herrschaft von Finanzmärkten geraten, schwindet der demokratische Spielraum und die Glaubwürdigkeit politischen Handelns. Wo es zu Kürzungen im Sozialwesen, zur Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, zu steigenden Einkommen bei Führungskräften und sinkenden Löhnen bei einem Großteil der Bevölkerung kommt, ist von einer zunehmenden Abhängigkeit der Politik von den Märkten auszugehen (Streek, 2015: 261).

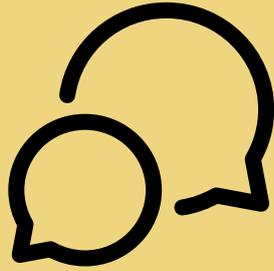
Da demokratische Prozesse von außen wie innen immer mehr Stresstests ausgesetzt sind, wird es immer wichtiger, Menschen in Sachen Demokratie zu bilden. Bildung meint nicht einfach ein Wissen, sondern bezeichnet einen Resonanzraum des Verstehens und Verhaltens. Der rheinland-pfälzische Landtag greift mit dem Bildungsangebot diesen Resonanzraum in Unternehmen auf und verknüpft ihn mit dem Arbeits- und Wirtschaftsleben.

## 2. Methoden

Die von der ADG durchgeführte Studie bestand zum einen aus einer nicht-teilnehmenden Beobachtung während der Workshops im Landtag und in den jeweiligen Unternehmen, zum anderen aus Interviews, die mit Teilnehmenden (Führungskräften und Auszubildenden) in der Regel vor dem ersten Workshop und nach dem zweiten stattfanden. Die Studie hatte insbesondere zum Ziel, die Perspektivendifferenzen und -gemeinsamkeiten hinsichtlich des Demokratieverständnisses der Teilnehmenden – auch im Hinblick auf die Demokratie in den jeweiligen Unternehmen – zu eruieren, die durch die Workshops anvisierte Neuperspektivierung zu dokumentieren und zu fragen, welche Auswirkungen ein Perspektivwechsel für den (beruflichen) Alltag der Teilnehmenden hat. Ebenso sollte eine Evaluierung des gewählten Formats erfolgen und untersucht werden, inwieweit durch dessen Struktur und Gestaltung die Themenschwerpunkte sinnvoll vermittelt und damit die Ziele des Weiterbildungsangebotes erreicht werden.

Es nahmen insgesamt 6 Unternehmen teil, vier der Unternehmen waren regionale Energieversorger, zwei privatwirtschaftliche Unternehmen. Pro Unternehmen wurden in der Regel mit 4–5 Personen (2 Führungskräfte und 2–3 Auszubildende) Interviews geführt. Es kamen insgesamt 45 Interviews zustande.

Die Interviews orientierten sich an einem semi-strukturierten Leitfaden und wurden digital aufgezeichnet. Zu Anfang wurden die Beteiligten nach ihrer beruflichen Position befragt, dann erfolgten Fragen zum Demokratieverständnis, zur demokratischen Unternehmenskultur und zu den Erwartungen an die Workshops. Die zweite Interviewphase erfasste etwaige Veränderungen hinsichtlich des Demokratieverständnisses, fragte nach möglichen Veränderungsoptionen bezüglich demokratischer Prozesse innerhalb der Unternehmen und danach, ob sich die Erwartungshaltungen erfüllt hätten. Im Anschluss an die Aufzeichnung wurden die Interviews transkribiert und anonymisiert.



Inhaltlich beschäftigten sich die Workshops mit Fragen rund um Demokratie. Nach einem Kennenlernspiel wurde an Tag 1 Demokratie im Allgemeinen thematisiert, gefolgt von einem interaktiven Rundgang durch den Landtag. Anschließend wurden in einem World-Café verschiedene Sichtweisen auf die Demokratie geworfen: Was bedeutet Demokratie als Begriff? Wo findet Demokratie im Unternehmen und im Alltag statt? Was sind besondere Herausforderungen, mit denen die Demokratie konfrontiert ist? Nach einem Mittagessen wurde am Nachmittag ein Planspiel (Themen waren: „Wahlrecht ab 16 Jahren?“ oder „PKW-Führerschein ab 16 Jahren?“) im Plenarsaal des Landtags durchgeführt. Am zweiten Workshoptag wurden die Zusammenhänge von Wirtschaft, Arbeit und Demokratie noch intensiver diskutiert und genauer die Orte der Demokratie und der demokratischen Prozesse im Unternehmen beleuchtet. Während der nicht-teilnehmenden Beobachtung im Landtag und in den Unternehmen erfolgten Notizen, die im Anschluss ausgearbeitet wurden. Fotoprotokolle, die während der Workshops entstanden, ergänzten die Aufzeichnungen.

Die Datenerhebung und die Auswertung orientierten sich im Wesentlichen an der Methode der funktionalen Analyse (Luhmann, 2018: 83). Der entscheidende empirische Gewinn ergibt sich dabei aus dem kontrastierenden Vergleich der verschiedenen Perspektiven von Auszubildenden und Führungskräften. Es ging also jeweils darum, die Differenzen und Gemeinsamkeiten der Perspektiven zu berücksichtigen. In praxistheoretischer Absicht werden diese Perspektiven als Sprecherpositionen verstanden, die auf jeweils unterschiedliche Bezugsprobleme (Rolle Führungskraft versus Rolle Auszubildende/Auszubildender) zurückgeführt werden können.

Die Codierung der Interviews erfolgte anhand eines Markers, der je einem Unternehmen zugewiesen wurde, gefolgt von einer Zahl, die anzeigt, ob es sich um das erste oder zweite Interview mit derselben Person handelt, ein Buchstabenkürzel, das auf dieselbe Person verweist, und ein Kürzel für die Sprecherposition (AZ für Auszubildende/Auszubildender; FK für Führungskraft).

# 3. Auswertung

## 3.1 Demokratieverständnis

### 3.1.1 Demokratie in der Gesellschaft

Im Rahmen der Interviews wurden – nach einer persönlichen Vorstellung – die Teilnehmenden gefragt, was sie unter Demokratie verstehen. Zwei Personen identifizierten Demokratie mit **Volksherrschaft** bzw. „Macht des Volkes“<sup>1</sup>, das die Regierung wählt.<sup>2</sup> Das Prinzip des Wählens wurde von nahezu allen Beteiligten als zentral für eine Demokratie benannt. Demokratie ist so verstanden zunächst eine Staatsform und ein Ordnungsprinzip, wie unterschiedliche Interessen miteinander verbunden werden können.<sup>3</sup> Im Wesen dieses Ordnungsprinzip steht die Möglichkeit der **Partizipation**, indem etwa ein politisches Mandat übernommen wird. Partizipation lässt sich auch durch Referenden oder Volksabstimmungen ermöglichen, deren Ergebnis aber nicht verpflichtend sein sollte.<sup>4</sup>

Am häufigsten war für die Befragten Demokratie verbunden mit **Mitbestimmung**, dass auch jeder zumindest sagen darf, was er denkt<sup>5</sup>. Sie zeichne sich durch eine „offene Kommunikation“<sup>6</sup> aus und durch die Möglichkeit, mitwirken zu können.

**„Dass man auch seine eigene Meinung äußern kann und dass auch die eigene Meinung anerkannt wird. Wenn man jetzt eine Veränderung vorschlagen will, dass die auch mit einbezogen wird. Und dass man nicht nur machen muss, was einem gesagt wird, sondern dass man sich auch frei äußern kann.“<sup>7</sup>**

Neben der Mitbestimmung war es auch die **„Gleichberechtigung“**, die eine Demokratie kennzeichnet, „wo wir mit anderen Personen zu tun haben und Konflikte lösen müssen, indem man andere Meinungen respektiert“<sup>8</sup>, „dass man einen Kompromiss findet, [...] eine Lösung findet, die allen gefällt“<sup>9</sup>. Aufgrund ihrer Struktur des offenen Austausches, des wechselseitigen Anerkennens wie ihrer Vielstimmigkeit sei die Demokratie deshalb auch „manchmal ein bisschen anstrengend“<sup>10</sup>.

Die Meinungsfreiheit setzt voraus, dass diese von anderen gehört und respektiert wird, wie sie ebenfalls den Respekt vor den Meinungen anderer zur Bedingung hat, deren Ansichten durchaus auch kritisch reflektiert werden dürfen.<sup>11</sup> Demokratie besteht in dem gegenseitigen Resonanzraum der Meinungsvielfalt. Der Respekt vor den Meinungen anderer setzt somit immer schon ein gewisses Verständnis für den anderen voraus.

---

1) 927\_1\_d\_AZ, 22.  
2) 924\_1\_d\_AZ, 13.  
3) 198\_1\_c\_FK, 38, 40 f.  
4) 198\_1\_c\_FK, 394, 403 f.  
5) 198\_1\_a\_AZ, 42 f.  
6) 924\_1\_b\_AZ, 29 ff.  
7) 198\_1\_b\_AZ, 25 ff.  
8) 927\_1\_c\_AZ, 52 f.  
9) 927\_1\_d\_AZ, 40 f.  
10) 198\_1\_c\_FK, 50, 51, 53 f.  
11) 924\_1\_a\_FK, 17, 216\_1\_a\_AZ, 16 f.

Dieses Zusammensein mit anderen bildet die Gemeinschaft auch divergierender Ansichten:

**„Dass es Gemeinschaft gibt, dass man grundsätzlich sagen kann, was man will, was man denkt. Also freie Meinungsäußerung. Dass man wählen kann, wählen darf. Und dass man, auch wenn man eine andere Meinung hat, diese trotzdem vertreten darf, auch wenn diese Meinung nicht von jedem mitgetragen wird.“<sup>12</sup>**

Demokratie zielt also auch auf einen **„Zusammenhalt von Menschen“<sup>13</sup>**, die in ihrem jeweils geteilten Umfeld alle gemeinsam bestimmen können sollten<sup>14</sup> bzw. „gemeinsam Entscheidungen treffen“ und sich überlegen, wie die „Probleme der Zukunft“ zu lösen seien.<sup>15</sup>

Zentraler Aspekt des Demokratieverständnisses war überdies die **Freiheit**:

**„Demokratie, sehr indirekt vielleicht, bedeutet eben auch frei zu sein in dem, was ich eben auch für Ansichten habe. Bedeutet frei zu sein und zu sagen, ich habe ein gleiches Recht wie andere, egal welche Überzeugung, Hautfarbe, Geschlecht, Identität, alle möglichen Orientierungen usw. ich habe. Und es bedeutet dann für mich die Freiheit, so zu sein, wie ich sein möchte, innerhalb der Grenzen natürlich der Rechtsstaatlichkeit.“<sup>16</sup>**

Demokratie ist, bei aller Betonung der Freiheit, sich frei bewegen zu können und frei in seiner Entscheidung zu sein,<sup>17</sup> eine soziale Kategorie, die neben der Gleichberechtigung, dass jeder die Möglichkeit hat, sein Mitspracherecht auszuüben und offen seine Meinung zu sagen, jeder berechtigt ist, selbst Entscheidungen zu treffen, auch auf den Schutz von Schwächeren zielt, die vielleicht nicht gehört werden. Demokratie bedeutet, „auch mal nachzugeben“<sup>18</sup>. Und sie wird als „Glück“ empfunden, dessen Selbstverständlichkeit – mit Anspielung auf autokratische Tendenzen innerhalb der Demokratie – in letzter Zeit in Frage gestellt worden sei.<sup>19</sup>

Als Werte wurden „Freiheit, Gleichheit, Partizipation, **Respekt**<sup>20</sup>, aber auch **„Solidarität, Meinungsfreiheit, Wertschätzung, gegenseitiges Vertrauen“** sowie **Rücksichtnahme**<sup>21</sup>, das Recht auf Unversehrtheit und auf Zukunft<sup>22</sup> genannt. Zur Demokratie gehören aber auch **Grundrechte** sowie das Prinzip, in seinen Rechten nicht verletzt zu werden<sup>23</sup>, und **Gesetze**, in deren Rahmen sich demokratisches Handeln in einem politischen Sinne erst entfalten kann.<sup>24</sup>

---

12) 643\_1\_a\_AZ, 34 ff.

13) 287\_1\_b\_AZ, 43.

14) 287\_1\_a\_AZ, 29 f.

15) 216\_1\_b\_FK, 13 ff.

16) 198\_1\_c\_FK, 200 ff.

17) 924\_1\_d\_AZ, 38 f.

18) 643\_1\_c\_FK, 41 ff.

19) 287\_1\_c\_FK, 42.

20) 198\_1\_c\_FK, 251.

21) 924\_1\_a\_FK, 39.

22) 927\_1\_b\_FK, 37.

23) 924\_1\_d\_AZ, 46 ff.

24) 927\_1\_a\_FK, 141.

### 3.1.2 Grenzen und Gefahren der Demokratie

Grenzen der Demokratie wurden von den Beteiligten dort identifiziert, wo die eigene Freiheit die Freiheit der Anderen oder die Rechte anderer einschränkt oder „wo ich mich nicht mehr frei genug fühle, meine Meinung zu äußern“<sup>25</sup>, wo freie Entscheidungen durch die Entscheidungen anderer unterdrückt werden<sup>26</sup>. Aber auch wo es zu Diskriminierungen kommt – sei es wegen des Alters, des Geschlechts oder physischer Beeinträchtigungen –, wurde eine Grenze des Demokratischen gesehen. Demokratie bedeute nämlich nicht, es allen Personen recht zu machen. Sie besteht zwar aus Mehrheitsentscheidungen, die jedoch auch Minderheiten zu schützen hat<sup>27</sup> und sie endet auch dort, wo sie Minderheiten nicht länger schützt.<sup>28</sup> Wo eine demokratische Entscheidung billigend Schaden in Kauf nehme, müsste die Entscheidung auf ihre demokratische Legitimität hin geprüft werden.<sup>29</sup> Wenn es mittels demokratischer Mittel möglich wäre, dass politische Macht sich in einer Person konzentrierte, so wäre dies auch als eine Grenze des Demokratischen anzusehen. Ursachen für die freiwillige Entmachtung und die Übertragung der Macht auf eine Person sind Verunsicherungen und ein Klima der Angst. Wo es zu einem Klima der Angst komme, sei die Demokratie angehalten, dieses Klima zu verändern.<sup>30</sup>

So drohen einer Demokratie **Gefahren von innen**, bedingt durch ihre Struktur selbst, da sie es per demokratische Beschlüsse möglich macht, demokratische Rechte einzuschränken, etwa wenn der „Falsche an der Macht“<sup>31</sup> ist.

**„Grundsätzlich ist die Demokratie aus meiner Sicht ein fragiles System. Also wenn der Bürger sich oder die Mehrheit der Bürger sich für eine Diktatur entscheidet in einer Demokratie, dann wird es auch zu einer Diktatur kommen. Und das ist eben das, wo ich die Grenze der Demokratie sehe.“<sup>32</sup>**



25) 927\_1\_a\_FK, 159 f.

26) 927\_1\_e\_AZ, 68 f.

27) 924\_1\_d\_AZ, 71.

28) 216\_1\_b\_FK, 46.

29) 924\_1\_e\_AZ, 58 ff.

30) 287\_1\_c\_FK, 111.

31) 198\_1\_b\_AZ, 102

32) 198\_1\_c\_FK, 110 ff.

Die Befragten sahen in extremen Gruppierungen, sei es rechts oder links, eine Gefahr für die Demokratie.

**Immer wieder wurde in diesem Zusammenhang die zum Zeitpunkt der Befragungen auch im rheinland-pfälzischen Landtag vertretene Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) genannt, die die Demokratie aushöhle,<sup>33</sup> aber auch der erst im Jahr 2023 gegründeten Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) wurde in Teilen nicht getraut.<sup>34</sup> Betont wurde jedoch, insbesondere die AfD nicht auszugrenzen. „Wir müssen uns meines Erachtens mit den Ideen und Vorschlägen [der AfD] auseinandersetzen und jeden in den Diskurs nehmen [...] für mich [ist es] der richtige Weg, denn anders, glaube ich, funktioniert es nicht.“<sup>35</sup>**

Besonders kritisch wurden die Wahlen im Osten Deutschlands und mit Sorge der Stimmenzuwachs bei der AfD betrachtet. Für den Wahlerfolg der AfD und des BSW bei den Landtagswahlen machten die Befragten die Verdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Landes- bzw. Bundespolitik verantwortlich; sie beurteilten die Wahlergebnisse etwa als Denkmäler, „der nach hinten losgehen kann“<sup>36</sup>. Durch extreme Äußerungen von Politikern werde zur Hetze angestachelt und es wurde auf eine Feier zu Pfingsten auf Sylt Bezug genommen, bei der Partygäste zu „L’amour toujours“ von Gigi D’Agostino rassistische Parolen grölten (tagesschau, 2024). Kritisiert wurde auch die Forderung nach einem EU-Austritt, den etwa AfD-Co-Vorsitzende Alice Weidel Anfang 2024 (erneut) ins Gespräch gebracht hatte (Neuerer, 2024). Besorgniserregend erschien den Teilnehmenden auch, dass gerade junge Wähler zur AfD tendierten, deren Faszination da herrühre, dass manche sich von anderen Parteien nicht gehört fühlen würden<sup>37</sup> (Deutscher Bundesjugendring, 2024). Deswegen würde auch das Zerbrechen der Ampelkoalition zur Verunsicherung beitragen.<sup>38</sup> Es sei geradezu „beängstigend“, in welche Richtung sich „manche Menschen“ entwickeln würden.<sup>39</sup> Diese Veränderungen thematisierte ein Großteil der Teilnehmenden, da sie im Unternehmen, im Bekanntenkreis oder näheren Umfeld mit Menschen in Kontakt waren, von denen sie den Eindruck hatten, sie seien der AfD nah und/oder äußerten extrem rechte Positionen. Dringend geboten erschienen den Auszubildenden und Führungskräften deshalb auch die Abwehr rechter Denkweise und die Hinwendung zu mehr Weltoffenheit.

Ambivalent wurden mediale Veränderungen gesehen, die zwar mehr Vielfalt ermöglichten, aber gleichzeitig auch für mehr Instabilität sorgten. So sei es zwar zu begrüßen, dass sich im Prinzip jede und jeder bei Medien wie TikTok beteiligen könne, aber der mediale Zuwachs bringe auch mehr Fake News und Möglichkeiten zur (politischen) Beeinflussung mit sich.<sup>40</sup>

---

33) 216\_1\_b\_FK, 59.

34) 198\_1\_c\_FK, 245.

35) 216\_1\_b\_FK, 61 f., 223 f.

36) 924\_1\_c\_FK, 104.

37) 924\_1\_d\_AZ, 127 ff.

38) 927\_1\_d\_AZ, 78.

39) 924\_1\_d\_AZ, 208 ff.

40) 924\_1\_e\_AZ, 94 ff.

Gefahren wurden aber auch in den gegenwärtigen Konflikten und inneren wie äußeren Bedrohungen gesehen, sei es der Krieg in der Ukraine, die Beziehungen zu China, das Erstarren des Antisemitismus, die Messeranschläge am 31. Mai 2024 in Mannheim und am 23. August 2024 in Solingen. Gefahr drohe eventuell auch deshalb, so wurde vermutet, weil der Staat Demokratie reduzieren müsse, um sich selbst zu schützen, falls eine äußere Bedrohungslage anwachse.<sup>41</sup> Mit Unbehagen wurden auch die Entwicklungen in den USA verfolgt und ein „Umschwung hin zum autokratischen System“<sup>42</sup> befürchtet. Angesichts dieser vielschichtigen Bedrohungen der Demokratie durch innere Kräfte, äußere Bedrohungen und mediale Beeinflussung ist folgende Aussage eines Auszubildenden indes bemerkenswert: „Für mich persönlich ist mir bisher nichts aufgefallen, worüber ich mir Gedanken machen würde.“<sup>43</sup>



Insgesamt wurde ein Teil der Bedrohungslage von den Befragten recht ausführlich beschrieben, andere Aspekte wie etwa die wirtschaftliche Entwicklung, die durchaus destabilisierend wirken kann, Cyberangriffe oder Methoden hybrider Kriegsführung wurden in den Interviews nicht erwähnt.

---

41) 198\_1\_a\_AZ, 124 f.

42) 198\_1\_d\_FK, 144, 152.

43) 287\_1\_a\_AZ, 81 f.

### 3.1.3 Demokratie in Unternehmen

Wie zeigt sich Demokratie in den Unternehmen? Mit dieser Frage assoziierten die Teilnehmenden zunächst strukturelle Gegebenheiten: die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV), die Gleichstellungsbeauftragten oder die Wahlen zum Betriebsrat. Bei zwei der teilnehmenden Unternehmen gab es weder einen Betriebsrat noch eine JAV. Dennoch vermittelten die Teilnehmenden dieser Unternehmen keineswegs den Eindruck, in alltäglichen Abstimmungsprozessen weniger demokratisch organisiert zu sein. Es schien eher so, als ob allein die Tatsache, dass es im Unternehmen Gremien wie den Betriebsrat und die JAV gibt, von den befragten Auszubildenden als Beweis dafür angesehen wurde, dass Demokratie im Unternehmen fest verankert ist. Demokratisch strukturierte Gremien sind ein objektiver Ausdruck von demokratischen Prozessen, subjektiv können andere Faktoren dafür ausschlaggebend sein, welche Prozessgestaltung als demokratisch wahrgenommen wird. So äußerte sich Demokratie etwa darin, „dass man seine Mitarbeiter mit einbezieht.“<sup>44</sup>, dass man seine Meinung sagen kann<sup>45</sup>, oder dadurch, dass Auszubildende mit ihren Meinungen wahrgenommen und angehört werden.<sup>46</sup> In der Praxis kann das durch die Vermittlung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen geschehen, indem Mitarbeitende mehr Mitbestimmungsrecht erhalten oder Entscheidungen an sie im Sinne des Prinzips der Partizipation delegiert werden<sup>47</sup> und sie Projekte selbstständig durchführen.<sup>48</sup> Im **Dialog**, beim gemeinsamen **Suchen von Problemlösungen**, beim **Meinungsaustausch** mit Führungskräften<sup>49</sup>, bei der offenen Kommunikation, im Informationsaustausch oder bei Feedbackgesprächen sahen die Auszubildenden demokratische Prinzipien am Wirken. Aus Sicht einer Führungskraft würden Entscheidungen im Team besprochen und Kompromisse gesucht werden, auch wenn die Führungskraft mal Entscheidungen fällt, die nicht von jedem Mitarbeitenden akzeptiert werden.<sup>50</sup> Gleichwohl sollten Mitarbeitende auf „Augenhöhe“ mit der Geschäftsführung agieren und an den Lösungen und Kompromissen beteiligt werden.<sup>51</sup> Eine Führungskraft fasste dieses Vorgehen folgendermaßen zusammen:

**„Das heißt, die Entscheidung selbst ist eine undemokratische, weil ich sie dann eben auch treffe. Aber die Entscheidungsfindung findet nach Prinzipien des Partizipativen, des Zuhörens, des Vermittelns, des Perspektivwechsels und allem, was dazu gehört, statt. Es darf auch jeder sich einbringen.“<sup>52</sup>**

Um generell die unternehmerische Ausrichtung zu bestimmen, würden auch Mitarbeiterbefragungen oder Beurteilungsgespräche durchgeführt und bestimmten Abteilungen werde ein Mitspracherecht eingeräumt.<sup>53</sup>

---

44) 198\_1\_a\_AZ, 102.

45) 643\_1\_b\_AZ, 84.

46) 924\_1\_d\_AZ, 290.

47) 198\_1\_c\_FK, 227, 233.

48) 924\_1\_b\_AZ, 50, 53.

49) 643\_1\_b\_AZ, 46 f., 50, 59.

50) 924\_1\_c\_FK, 37.

51) 924\_1\_c\_Fk, 90 f.

52) 198\_1\_c\_FK, 76, 78 ff.

53) 924\_1\_d\_AZ, 84.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Demokratie im Unternehmen als Partizipation der Mitarbeitenden bei der Lösungsfindung von Problemen und als Wahlmöglichkeit (Betriebsrat, JAV) verstanden wird. Demokratie in einem basisdemokratischen, politischen Sinne würde in einem Unternehmen hingegen nicht funktionieren<sup>54</sup>, denn „in einem Unternehmen kann nicht alles demokratisch sein“<sup>55</sup>.

Eine Führungskraft hatte eine gänzlich andere Auffassung der Prozessgestaltung in ihrem Unternehmen. Nach ihrer Wahrnehmung würden die Mitarbeitenden gerade nicht frei ihre Meinung sagen, weil ihr Handeln von Angst um den Arbeitsplatz bestimmt sei. Es komme deswegen zu einer großen Diskrepanz zwischen Führungskraft und Team.<sup>56</sup> Dies war eine Einzelmeinung, die aber wegen ihres diametral entgegengesetzten Charakters nicht unerwähnt bleiben sollte.

### 3.1.4 Grenzen der Demokratie im Unternehmen

Hinsichtlich der Bewertung der demokratischen Prozesse in den jeweiligen Unternehmen zeigten sich einige Teilnehmer „sehr zufrieden“<sup>57</sup>. Demokratie wird als präsent erlebt bzw. als ein Modus des Umgangs, der als gut und richtig wahrgenommen wird. Auch die Kommunikation mit Vorgesetzten wurde positiv bewertet.

Die Grenzen der Demokratie in den Unternehmen wurden indes auch schnell identifiziert, denn „letztendlich muss die Entscheidung irgendjemand treffen“<sup>58</sup>. Auch wenn Mitarbeitende an der Entscheidungsfindung partizipieren, hat am Ende eine Person die unternehmerische Verantwortung für die Entscheidung und bei dieser Verantwortung, eine **Unternehmensentscheidung** zu treffen, höre die Demokratie auf.<sup>59</sup> Manch ein Auszubildender wünschte sich trotzdem mehr Mitbestimmungsrechte für die Mitarbeitenden, jedoch herrschten Zweifel, ob diese jemals eingeführt werden<sup>60</sup>: „Das sind halt meine Vorgesetzten. Und wenn die sagen, wir machen das, [...] dann machen wir das.“<sup>61</sup>

Betont wurde mehrfach, dass die Führungskräfte ihre entsprechenden Stellungen innehaben, weil sie über die nötige Kompetenz und Expertise verfügten und aufgrund dieser ihre Entscheidungen treffen. Ein diesbezüglicher Veränderungsbedarf wurde als gering eingestuft.

Eine andere Grenze hinsichtlich der Demokratie wurde noch bei der Verbreitung rechter Positionen gesehen. Hier seien die Verantwortlichen des Unternehmens in der Pflicht, diesen Einhalt zu gebieten, sofern sich diese in einem Unternehmen verbreiten würden. Der (gesellschaftliche) „Trend nach rechts“<sup>62</sup> sollte demgemäß offen thematisiert werden. Durch spezifische, von der Unternehmensleitung organisierte Informationsveranstaltungen ließe sich mehr für Demokratie und politische Entwicklungen sensibilisieren – gesellschaftlich wie innerhalb des Unternehmens.

---

54) 924\_1\_d\_AZ, 90 f.

55) 927\_1\_b\_FK, 77.

56) 287\_1\_c\_FK, 132 ff, 153, 187.

57) 198\_1\_b\_AZ, 150.

58) 287\_1\_d\_FK, 116.

59) 927\_1\_b\_FK, 152.

60) 924\_1\_e\_AZ, 69, 78.

61) 924\_1\_e\_AZ, 85 f.

62) 643\_1\_a\_AZ, 73.



### 3.1.5 Schutz der Demokratie

Der wachsende Zuspruch zur AfD wurde mit Sorge betrachtet, eine Sorge, die Menschen auch deutschlandweit teilen (Zajak et al., 2024). Als Maßnahme wurde lokalpolitisches Engagement empfohlen.<sup>63</sup> Gerade, „wenn einem etwas nicht passt“<sup>64</sup>, sei man gefordert, sich politisch zu beteiligen.

Auf der anderen Seite wurde mit der Möglichkeit zu wählen und der Funktion der repräsentativen Demokratie auch Zufriedenheit ausgedrückt:

**„Weil ich fühle mich als Bürger jetzt nicht so an der politischen Willensbildung unbedingt beteiligt. Aber wir müssen uns fragen: Ist das falsch? Weil eigentlich finde ich es ganz gut, dass das eben so ist, wie es ist. Wir haben das Recht zu wählen, dürfen unsere Meinung sagen und müssen dann dementsprechend nicht uns mehr ... ja, wir müssen nicht mehr demnach handeln.“<sup>65</sup>**

Diese Person fand einen stärkeren Schutz der Demokratie zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht unbedingt notwendig.<sup>66</sup> Bei der überwiegenden Anzahl der Teilnehmenden herrschte jedoch die Meinung vor, dass Extremisten auf politischem Wege zu bekämpfen seien<sup>67</sup>, etwa durch Demonstrationen. Gegen undemokratische Meinungen sollte man protestieren und den Menschen immer wieder den positiven Wert der Demokratie aufzeigen, womit bereits bei der Schulbildung anzufangen wäre. Auch mehr gesellschaftliche Aufklärung hinsichtlich demokratischer Prozesse wurde als nützlich eingestuft<sup>68</sup> ebenso wie eine stärkere Kontrolle von Desinformationen und Fake News.<sup>69</sup>

---

63) 924\_1\_a\_FK, 158.

64) 198\_1\_d\_FK, 58 f.

65) 198\_1\_a\_AZ, 204 ff.

66) 198\_1\_a\_AZ, 133.

67) 198\_1\_d\_FK, 167, 170.

68) 924\_1\_c\_FK, 119.

69) 924\_1\_e\_AZ, 118 f.

### 3.1.6 Orte der Demokratie

Eines ist es, zu bestimmen, was Demokratie vom Begriff her umfasst, ein anderes, ihren Ort zu lokalisieren. Wo findet Demokratie überhaupt statt? Nebst politischer Wahlen wiesen hier die Teilnehmenden allgemein auf das Vereinsleben hin: **Sportvereine** gehörten hier ebenso dazu wie **Tanzgruppen** oder **Musikvereine**, in denen bei Herausforderungen oder Problemen auf transparente Weise gemeinsam nach besten Lösungen gesucht werde.<sup>70</sup> Auch die **Schule** wurde als Ort der Demokratie identifiziert. Hier wurden die Wahlen zum Klassensprecher und zur Schülervertretung beispielhaft genannt.<sup>71</sup>

Allgemein wurden auch der **Bekanntens- und Familienkreis** als Orte der Demokratie identifiziert.<sup>72</sup> So wurde etwa betont:

**„Jeder sollte sich darüber im Klaren sein, dass Demokratie einfach zum Alltag und zum Zusammenleben dazugehört.“<sup>73</sup>**

Manch ein Teilnehmer war kommunalpolitisch aktiv und so zeige sich Demokratie bei der Vorstandsarbeit und bei Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern<sup>74</sup> oder im **Gemeinderat** und bei **Interessensgemeinschaften** wie etwa „Umweltgenossenschaften“<sup>75</sup>. Kritisch wurde im Hinblick auf den Zusammenschluss von den Klimaaktivisten zur „Letzten Generation“ angemerkt, dass die freie Meinungsäußerung und der Protest im öffentlichen Raum auch Grenzen habe, wenn manches Bürgerengagement zu weit ginge.<sup>76</sup> Gleichzeitig wurde auch abnehmendes Bürgerengagement – sei es aus Unkenntnis oder Unlust – gerade bei denjenigen bemängelt, die sich zwar über politische Entscheidungen aufregen würden, aber keine Verbesserungsvorschläge hätten.<sup>77</sup>



70) 198\_1\_c\_FK, 130.

71) 287\_1\_a\_AZ, 54.

72) 287\_1\_b\_AZ, 49 ff.

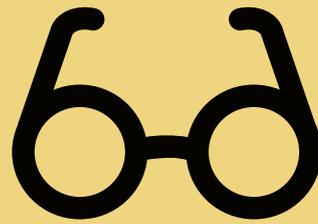
73) 924\_1\_a\_FK, 50 f.

74) 287\_1\_d\_FK, 75 ff.

75) 927\_1\_b\_FK, 91.

76) 198\_1\_b\_AZ, 125 ff.

77) 927\_1\_b\_FK, 99 ff.



## 3.2 Persönliche Perspektiven

### 3.2.1 Der Blick auf das politische Geschehen

Das politische Geschehen wurde von den Teilnehmenden vornehmlich negativ wahrgenommen. Die Ampelkoalition wurde etwa vor ihrem Auseinanderbrechen als „slapstickartig“<sup>78</sup> beurteilt, wodurch es der Opposition entsprechend leichtfiel, Kritik zu üben. Zunehmend problematischer sei es dadurch auch geworden, sich repräsentiert zu fühlen.<sup>79</sup> Für einen der Teilnehmer, der auch in der Kommunalpolitik tätig ist, wurde es nach eigener Aussage immer schwieriger, die Entscheidungen der eigenen Partei auf der Bundesebene nachvollziehen zu können.<sup>80</sup>

Daneben wurde eine bessere Kommunikation seitens der Politik angemahnt und Gremienpolitik als bürgerfern beschrieben. Die Befragten wünschten sich mehr Transparenz und Klarheit hinsichtlich politischer Entscheidungen und einen intensiveren Einbezug der Bürgerinnen und Bürger, etwa durch Volksentscheide. Überhaupt überwog bei den Teilnehmenden der Eindruck, dass das politische Geschehen weit entfernt und distanziert sei und politische Entscheidungen nichts mit der Realität der Bürgerinnen und Bürger zu tun haben<sup>81</sup>. Von dem Gedanken einer Volkssouveränität waren die meisten Teilnehmenden weit entfernt, weshalb es ihnen sehr abstrakt erschien, sich selbst als Teil politischer Willensbildung zu verstehen.<sup>82</sup> So könnten die Politiker „ein bisschen näher sein, glaube ich, um die Probleme vielleicht der Bevölkerung, mancher Schichten besser zu verstehen“<sup>83</sup>.

Im Vordergrund der Politik stehen Themen wie „Ukraine, [...] Corona, Klimawandel“<sup>84</sup>, Themen, die alles dominieren, die aber abstrakt und fern blieben. „Aber wie sieht es mit Armut aus?“ Es sollten aus Sicht der Befragten **Grundbedürfnisse** wie **Wohnen** thematisiert werden und es sollte mehr in den **Netzausbau**, in die Mobilitätswende, in die **Förderung des Mittelstands** und von **Sportvereinen** und in das **Bildungssystem** investiert werden. Ein mittelständisches Unternehmen klagte bei einem Workshop über Auftragseinbußen, die zu Lohnverzicht bei allen Beteiligten

78) 198\_1\_c\_FK, 343.

79) 643\_1\_c\_FK, 194 ff.

80) 287\_1\_d\_FK, 257.

81) 924\_1\_e\_AZ, 163, 167.

82) 924\_1\_c\_FK, 201.

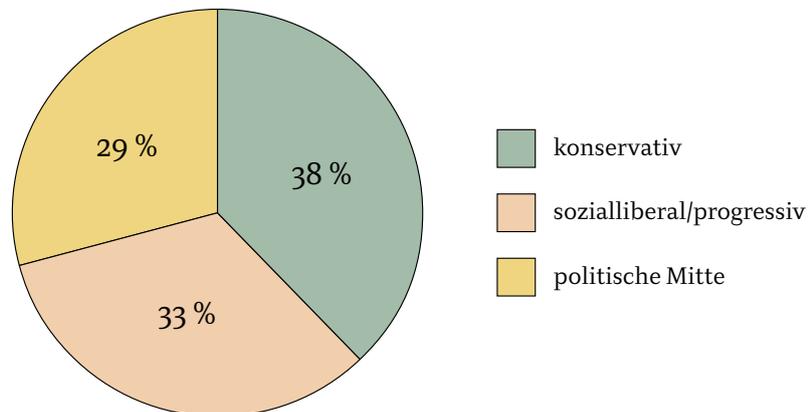
83) 287\_1\_d\_FK, 274.

84) 927\_1\_b\_FK, 236.

führten – auch wenn Deutschland in der Statistik immer noch als drittgrößte Volkswirtschaft gilt. Den Politikern, so der Vorwurf, sei diese Dramatik nicht so bewusst, wie es nötig wäre, um die mittelständischen Unternehmen zu unterstützen. Überhaupt ging es den Befragten um eine **gerechtere Verteilung** von Geldern, um eine **faire Rentenabsicherung**, um die **Sanierung der Infrastruktur**, die **Bekämpfung von Korruption** und die **Verbesserung des Gesundheitssystems**. Zudem sollte mehr Geld in die **Grundlagenforschung** fließen. Eine Änderung der Flüchtlingspolitik, die die illegale **Migration** eindämmt, wurde ebenfalls thematisiert,<sup>85</sup> stand bei den Befragten aber gar nicht so sehr im Vordergrund, wie von der Politik im Allgemeinen medial suggeriert. Es wurde etwa bedauert, dass hinsichtlich der Migration zu wenig differenziert werde und derzeit Abgrenzungstendenzen in Europa überwiegen würden, die bei Migrantinnen und Migranten zu einem Gefühl der Unsicherheit führen würden. Denn es sei wichtig zu sagen, „dass man die Menschen gerne in Deutschland aufnehmen darf und muss. Wir müssen dafür sorgen, dass es ihnen hier besser geht als dort, wo sie herkommen.“<sup>86</sup> Auch ein größeres Budget für die Flüchtlingspolitik wurde gefordert.<sup>87</sup>

### 3.2.2 Politische Ausrichtungen

Von der politischen Ausrichtung schätzten sich viele der Befragten als traditionsbewusst ein. Sie fühlten sich eher einem konservativen Spektrum zugehörig oder sahen ihre politische Orientierung in der Mitte. Dies galt für insgesamt 67 % der Befragten. Ungefähr ein Drittel schätzte sich als sozialliberal bzw. deutlich progressiv ein. Diese Einschätzungen lassen aber keineswegs Rückschlüsse auf Parteivorlieben erkennen, zumal es möglich ist, auf kommunaler Ebene einer Partei den Vorzug zu geben, der man das Vertrauen auf Bundesebene nicht geben würde. Zudem finden sich bei nahezu allen im Landtag oder im Bundestag vertretenen Parteien (auch) konservative Werte. Niemand der Befragten vertrat laut eigenen Angaben extreme Positionen.



Politische Orientierung der Befragten

### 3.2.3 Die Priorisierung politischer Ebenen

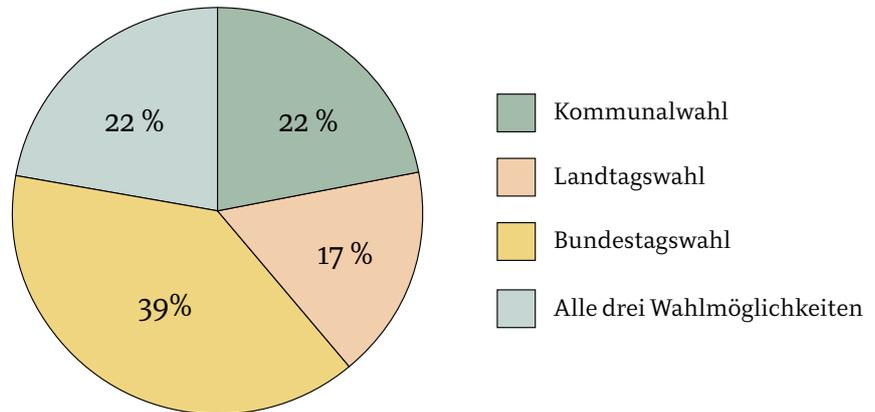
Welche Wahlen waren für die Befragten am wichtigsten: Kommunal-, Landtags- oder Bundestagswahlen? Für 39 % der Befragten war die Bundestagswahl wichtiger als die Landtags- oder Kommunalwahl, wobei der Anteil der Führungskräfte zu Auszubildenden bei 2:1 lag. Hierfür wurde auch die mediale Aufbereitung von Politik verantwortlich gemacht, die die Bundespolitik wichtiger erscheinen lasse als Landes- oder Kommunalpolitik, „weil natürlich durch Zeitung und Nachrichtensendungen

85) 198\_1\_b\_AZ, 140.

86) 927\_1\_a\_FK, 188 f.

87) 927\_1\_e\_AZ, 173.

viel mehr über Bundespolitik informiert [wird ...] als über die Landespolitik. Ich denke aber, wenn ich mich lokalpolitisch engagieren würde, wäre die Landtagswahl nochmal bedeutender.“<sup>88</sup> Für ebenfalls 39% waren aber die Kommunal- bzw. Landtagswahlen wichtiger, da besonders die Kommunalwahl den Eindruck vermittelt, mitwirken zu können. Der Anteil der Führungskräfte zu Auszubildenden lag hier umgekehrt bei 1:2. 22% gaben keiner Wahlmöglichkeit den Vorzug, da sie alle Möglichkeiten für gleichermaßen wichtig erachteten.



*Priorisierung der Wahlen durch die Befragten*

### 3.2.4 Austausch über politische Themen

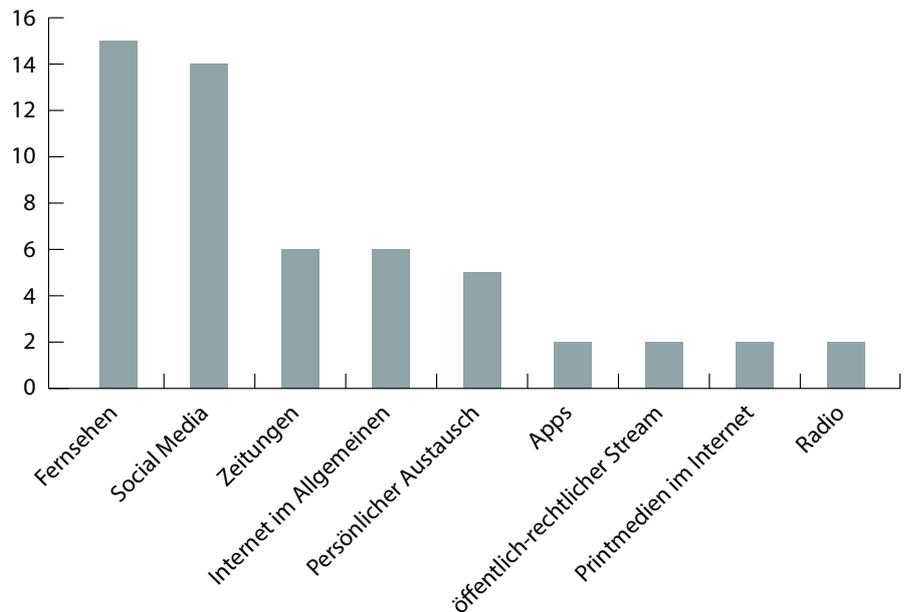
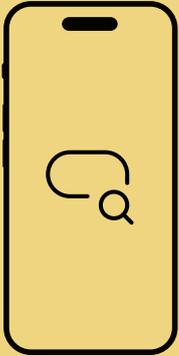
Demokratie lebt vom Diskurs. Neben dem Blick auf das politische Geschehen wurden die Teilnehmenden auch danach befragt, ob sie Gelegenheit haben, sich mit Freundinnen und Freunden, im Familien- oder Bekanntenkreis über politische Themen auszutauschen, und worüber. Das Bild, das sich diesbezüglich ergab, war sehr heterogen.

Dort, wo ein Austausch stattfand, dominierten Themen wie die **Entwicklungen im Nahen Osten**, die Rolle des Iran, der **Krieg in der Ukraine**, die **Wahlen in den USA**, die **Migrationspolitik** und die **steigenden Lebenshaltungskosten**. Häufig finden diese Gespräche im **Familienkreis** statt. Aber Gespräche innerhalb der Familie werden dann kontrovers, wenn ein Generationenfaktor Verständigung erschwert. Politik bildet hier einen Streitpunkt, so dass Diskussionen eher gemieden werden. Mit Freundinnen und Freunden finden Gespräche über Politik eher selten statt und tendenziell dann, wenn die Gesprächspartner gleicher Meinung sind. Denn, so der überwiegende Tenor, politische Themen werden schnell persönlich und führen zu Verletzlichkeiten. Das von vielen vertretene Ideal, dass es gerade in der Demokratie darum ginge, die Meinung des anderen zu respektieren, scheint auf die politische Streitkultur dann nicht zuzutreffen, wenn politische Themen gar nicht erst angesprochen werden, da befürchtet wird, der Streit könnte eskalieren oder die eigene Meinung könnte missverstanden werden. Anders stellte sich die Situation freilich bei den Personen dar, die sich in der Gewerkschaft, den Kommunen oder Ortsverbänden engagieren, bei denen es zum Alltag gehört, den politischen Austausch zu suchen.

88) 924\_1\_a\_FK, 183 ff.

### 3.2.5 Mediennutzung

Die heutige Medienlandschaft bietet unzählige Möglichkeiten, sich über Politik zu informieren – von traditionellen Medien wie Fernsehen und Radio bis hin zu Podcasts und Social Media. Überraschenderweise waren es nicht nur die jüngeren Teilnehmenden, die Social Media nutzten, und auch nicht nur die ältesten, die sich auf traditionelle Medien beschränkten. Meist wurden verschiedene Quellen kombiniert: Fernsehen wurde neben Internetrecherche genutzt, und Social Media ergänzte öffentlich-rechtliche Angebote. Es gab immer Mehrfachnennungen, so dass die Annahme, die junge Generation informiere sich nur über Social Media und die ältere nur über klassische Medien, nicht zutrifft. Wenn sich eine leichte Tendenz ausmachen lässt, so betrifft diese die Divergenz des medialen Konsums bei der jüngeren Generation, der mehr Vielfalt aufweist als bei der älteren. Die befragten jüngeren Menschen wurden laut ihrer Erzählung häufig über einen familiären Kontext an traditionelle Medien herangeführt, die dann durch neue Formen der informationellen Selbstbestimmung ergänzt wurden. Das bedeutet freilich keineswegs, dass ältere Menschen diese nicht auch wahrnehmen würden. Die Vielfalt des Medienkonsums spricht allerdings gegen die These, junge Menschen seien an Politik desinteressiert.



**Medienkonsum der Befragten, um sich über Politik zu informieren.** (Social Media umfasst u.a. Instagram, YouTube, Influencerinnen und Influencer, TikTok; Internet im Allgemeinen meint z.B. google news)

23 Nennungen fielen auf traditionelle Medien wie Fernsehen, Radio und Zeitungen, zählt man noch den persönlichen Austausch (5) hinzu, so überwiegen diese knapp vor den Internetkanälen und Apps, die auf 26 Nennungen kommen.

### 3.3 Das Bildungsangebot des Landtags

#### 3.3.1 Erwartungen an das Bildungsformat

Die Erwartungen der Teilnehmenden an das Workshopformat waren zum Teil äußerst konkret. So hatte etwa ein Auszubildender die Erwartung, zu erfahren,

**„wie sich Demokratie allgemein im Unternehmen, was da sein sollte, und wie sich Demokratie auf die Arbeitsqualität auch auswirkt. Ob das eine sehr große Rolle spielt oder vielleicht doch eher weniger. Und wie wir alle damit zurecht kommen, um eben auch beurteilen zu können, wie demokratisch wir hier jetzt sind und, wenn ja, inwiefern wir ein Vorbild auch für andere sein können.“<sup>89</sup>**

Es ginge aber auch darum, neue Anstöße und Ideen zu bekommen, wie sich Demokratie noch mehr ins Unternehmen bringen ließe<sup>90</sup>, mehr Wissen darüber zu erhalten, wie man demokratisches Denken im Unternehmen und im Privaten intensiver etablieren kann<sup>91</sup>, um auf diese Weise ein (noch) besseres Verständnis für Demokratie zu erhalten, und eine „Werkzeugkiste“ an die Hand zu bekommen, um andere Menschen für das Thema Demokratie zu begeistern<sup>92</sup>. Manch einer war gespannt, wie und ob sich die eigene Sichtweise verändern würde.<sup>93</sup> Andere wiederum hatten keinerlei besondere Erwartungen.<sup>94</sup>

Aufgrund mangelnder Berührungspunkte mit der Politik erwarteten die Teilnehmenden schlichtweg mehr über Demokratie und demokratische Verfahrensweisen zu lernen.<sup>95</sup> Es wurden Informationen zum Landtag, eine Führung durchs Haus und Einblicke hinter die Kulissen erwartet, so dass alle Beteiligten nach dem Workshop auf einem gleichen oder ähnlichen Informationsstand sein sollten.<sup>96</sup> Im Fokus stand somit, mehr über Politik im Allgemeinen und über die Politik des Landes zu lernen.<sup>97</sup> Methodisch wurden praxisbezogene Inhalte und Arbeiten in Kleingruppen erwartet.

Hinsichtlich eines unternehmerischen Anliegens sollte der Begriff Demokratie durch das Bildungsangebot geschärft werden, um auf diese Weise mehr Verständnis zwischen Auszubildenden und Führungskräften zu schaffen<sup>98</sup> und mehr Verständnis seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Geschäftsführung für differente Meinungen<sup>99</sup> zu etablieren. Neue Einblicke zu erhalten, wurde auch deshalb erhofft, um sich – wie ein Beteiligter betonte – gegenüber Kollegen, die die Meinungen der AfD rechtfertigten, argumentativ besser durchsetzen zu können.<sup>100</sup>

---

89) 198\_1\_a\_AZ, 252 ff.

90) 643\_1\_c\_FK, 229.

91) 287\_1\_b\_AZ, 209.

92) 287\_1\_d\_FK, 313.

93) 924\_1\_d\_AZ, 305 ff.

94) 287\_1\_c\_FK, 336.

95) 643\_1\_b\_AZ, 165.

96) 287\_1\_a\_AZ, 155.

97) 924\_1\_e\_AZ, 217 f.

98) 198\_1\_d\_FK, 310 ff.

99) 924\_1\_c\_FK, 236, 249.

100) 643\_1\_a\_AZ, 259 ff.

Im Vorfeld wurde aber auch deutlich, dass viele Teilnehmende ein Bewusstsein davon haben, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist:

**„Demokratie ist etwas Geschaffenes, etwas Kreiertes. Wie bewahren wir das? Und was ist mein eigener persönlicher Beitrag, mit dem ich so etwas stärken oder eben potenziell schwächen kann. Einfach zu sagen, wie setze ich mich dafür auch ein, mit welchen Mitteln? Das wäre cool, wenn unsere Auszubildenden so rausgehen und sagen: Ich glaube, da habe ich für mich etwas verstanden.“<sup>101</sup>**

Diese Tiefenschärfung demokratischen Verständnisses war vor allem ein Anliegen von Führungskräften und überhaupt Motivation, am Bildungsprogramm teilzunehmen:

**„Das Bewusstsein der Auszubildenden und der Jugendlichen für Demokratie. Also wie wichtig Demokratie ist und nicht nur als Demokratie, was die meisten immer sehen, als politische Demokratie von der Bundesregierung aus oder von der Parteienlandschaft, sondern gelebte Demokratie in Vereinen, im Unternehmen, in der Familie und so weiter, dass die einfach wahrnehmen, wo Demokratie stattfindet und wie wichtig das für sie ist. Und sei es in der Klasse, in der Berufsschule und so weiter, ne, einfach das Bewusstsein für Demokratie.“<sup>102</sup>**

Die direkte Konfrontation mit Demokratie sei gerade für die jungen Menschen wichtig, um zu begreifen, dass man für die Demokratie eintreten muss, dass sie „ein Gefühl dafür bekommen [...], dass sie sich einbringen können und müssen.“<sup>103</sup> „Dass ihnen klargemacht wird: ‚Du lebst in einem freien Land. Du kannst frei entscheiden, was du machen möchtest. Aber das ist nicht selbstverständlich.“<sup>104</sup> Die Demokratie braucht demnach Achtsamkeit und Sorgfalt, damit sie das bleibt, was sie ist.

### **3.3.2 Beobachtungen aus den Workshops**

Der erste Workshop begann mit einer Vorstellungsrunde im Stil eines Speed Meetings, bei dem die Teilnehmenden vorgegebene Satzanfänge vervollständigten und anschließend zur nächsten Person rotierten. Dies sorgte für einen dynamischen Einstieg, wobei einige Auszubildende sehr offen kommunizierten, während andere sich eher zurückhielten.

Die anschließende Führung durch den Landtag stieß in allen Gruppen auf großes Interesse. Neben den historischen und politischen Hintergründen erregten insbesondere Anekdoten aus dem parlamentarischen Alltag Aufmerksamkeit, da sie eine unmittelbare Verbindung zur politischen Praxis herstellten und das Geschehen greifbarer machten.

Im World Café wurden vier zentrale Fragen diskutiert: „Was verstehen wir unter dem Begriff Demokratie?“, „Welchen Herausforderungen stehen Demokratien gegenüber?“, „In welchen Bereichen unseres Lebens begegnet uns Demokratie?“ und „Wie wird Demokratie in unserem Unternehmen und Arbeitsalltag gelebt?“

---

101) 198\_1\_c\_FK, 441 ff.

102) 924\_1\_a\_FK, 218 ff.

103) 927\_1\_b\_FK, 328 f.

104) 927\_1\_a\_FK, 418 f.

Bei den ersten beiden Fragen wurde neben allgemeinen Bestimmungen und Stimmungen zur Demokratie häufig auf Kriege jüngerer Vergangenheit Bezug genommen, die das abstrakte Bewusstsein für die Bedeutung demokratischer Strukturen geschärft haben. Zudem wurde mehrfach geäußert, dass Wahlperioden als lang empfunden werden und zwischen den Wahlen wenige Einflussmöglichkeiten bestehen, was Politik für viele als wenig nahbar erscheinen lässt.

Bei der dritten Frage wurden insbesondere soziale Medien als Herausforderung für die Demokratie diskutiert. Viele Teilnehmende gaben an, diese regelmäßig zu nutzen und ihre Informationsquellen für seriös zu halten, während sie gleichzeitig die Gefahr durch Fake News als hoch einschätzten.

Die vierte Frage führte in allen Gruppen zu den intensivsten Diskussionen. Während formale Mitbestimmungsstrukturen wie Jugend- und Auszubildendenvertretungen oder Betriebsräte in den Unternehmen existieren, wurde kritisiert, dass es an alltäglicher Kommunikation mit Vorgesetzten fehle. Viele Auszubildende berichteten, dass sie zwar angehört würden, aber selten eine fortlaufende Rückkopplung erfolge, wodurch Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Interesses am Austausch entstünden.

Ein zentraler Bestandteil des ersten Workshoptages war die Simulation einer Plenarsitzung zum Thema „Pkw-Führerschein ab 16 Jahren“ bzw. „Wahlrecht ab 16 Jahren“. In der Vorbereitungsphase herrschte vielfach die Vorstellung, dass Überzeugungskraft allein ausreichend sei. Im Verlauf der Simulation wurde jedoch deutlich, dass demokratische Entscheidungsprozesse von Kompromissbereitschaft und fundierten Argumenten geprägt sind.

Am zweiten Tag diskutierten die Auszubildenden mit Führungskräften über Demokratie im Unternehmenskontext. Hier beeinflussten bestehende Hierarchien beizeiten die Gesprächsdynamik. So kam es vor, dass in den Gruppenarbeiten häufig die Führungskräfte das Gespräch dominierten, was dazu führen konnte, dass sich die Auszubildenden in Anwesenheit von Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern zurückhielten.

Andererseits ließ sich auch beobachten, dass die Auszubildenden durch die wertschätzende Art des Miteinanders innerhalb der Workshops an Selbstvertrauen gewonnen haben und beim zweiten Workshop deutlich redebereiter waren bzw. weniger schüchtern oder zurückhaltend auftraten. Zudem haben sowohl die Auszubildenden als auch Führungskräfte den angeleiteten Austausch als wertvoll wahrgenommen.



### 3.3.3 Erwartungserfüllungen

Das Feedback zu den Workshops war überwiegend äußerst positiv. So meinte ein Auszubildender, er habe „viel gelernt darüber, was es bedeutet, in Deutschland zu leben und auch mit der Demokratie zu leben.“<sup>105</sup> Die Abwechslung der Formate wurde gelobt.<sup>106</sup> Die Führungskräfte waren von den Kenntnissen der Auszubildenden im Umgang mit der abstrakten Frage nach Demokratie, ihren Reflexionen und ihrer Neugierde überrascht.<sup>107</sup> Gelobt wurden ihre Offenheit und ihr Engagement in den Gruppenarbeiten. Überhaupt war es für die Führungskräfte interessant, die Perspektiven der Auszubildenden kennenzulernen, was darauf hinweist, dass es im Alltag nicht ausreichend Raum gibt, sich über fachliche Belange hinaus auszutauschen.

Besonders gut hat den Teilnehmenden in der Regel das Planspiel im Plenarsaal des Landtags gefallen. Auch die Dramaturgie und die Organisation der Veranstaltung wurden gelobt sowie explizit das Personal des Landtags, das den Teilnehmenden äußerst professionell erschien. Die Vermittlung von Wissen im Allgemeinen und bezogen auf den Landtag im Besonderen sowie der Austausch über das Demokratieverständnis war für die Teilnehmenden gewinnbringend.

Bezüglich des zweiten Workshoptages wurden die lebhaften Gespräche zwischen Auszubildenden und den Geschäftsführungen hervorgehoben, so dass für manchen Auszubildenden gerade der Workshop in den Unternehmen fruchtbarer erschien. Thematisiert wurden bei einem Unternehmen auch die anstehenden Neuwahlen, da es ja für viele Auszubildende das erste Mal sein wird, dass sie auf bundespolitischer Ebene wählen dürfen.<sup>108</sup> Auch dass der Workshop auffallend praxisbezogen angelegt war, wurde lobend erwähnt.<sup>109</sup> Die Unternehmen, die einen Personal- und Betriebsrat sowie eine JAV hatten, fühlten sich hinsichtlich demokratischer Prozessgestaltung bestätigt.<sup>110</sup> Im Grunde wurden bei den Teilnehmenden die Erwartungen nach eigenen Aussagen übertroffen.

### 3.3.4 Verbesserungsvorschläge

Obwohl die Teilnehmenden mit dem Bildungsangebot sehr zufrieden waren, gab es doch ein paar wenige Verbesserungsvorschläge. So hätten sich die Auszubildenden eine intensivere Thematisierung der Unternehmensdemokratie auch im Landtag gewünscht. Außerdem wurde angeregt, dass diejenigen Führungskräfte, die nur am zweiten Tag dabei waren, auch am ersten Tag hätten dabei sein sollen, damit ein Austausch noch intensiver gestaltet werden könnte. Gewünscht wurde ebenso, dass Abgeordnete mit in das Programm des Bildungsangebots integriert würden, ohne dass es gleich parteipolitisch werden müsste, um mehr über die parlamentarische Arbeit aus erster Hand zu erfahren. Der Besuch des Landtagspräsidenten in einem der Unternehmen wurde sehr begrüßt; er wurde allerdings als zu kurz empfunden. Es hätte mehr Zeit geben sollen, Fragen zu stellen und zu beantworten. Angeregt wurde auch, den Workshop im Ganzen um weitere Termine zu ergänzen. Diese könnten in einem zeitlichen Abstand zu den ersten beiden Terminen stattfinden, um zu überprüfen, ob Veränderungsprozesse in den Unternehmen als Orte gelebter Demokratie stattgefunden haben.<sup>111</sup>

105) 198\_1\_b\_AZ, 158 f.

106) 927\_2\_b\_FK, 16.

107) 198\_2\_c\_FK, 13; 216\_1\_b\_FK, 134.

108) 927\_2\_a\_FK, 77, 84.

109) 216\_1\_a\_AZ, 138.

110) 643\_2\_c\_FK, 26.

111) 216\_1\_a\_AZ, 159 ff.

### 3.3.5 Empfehlungen der Teilnehmenden

Abschließend wurden die Teilnehmenden danach gefragt, ob und wem sie das Bildungsangebot empfehlen würden. Erfrischend offen antwortete eine junge Auszubildende auf diese Frage:

**„Ich würde es auf jeden Fall vielen meiner Freunde empfehlen. Ich bin 16, und meine Freunde – wie soll ich sagen – sind halt dumme Teenager, die sich nicht viele Gedanken machen. Die denken: ‚Ich habe auf TikTok was Cooles gesehen, und das ist jetzt so‘, und machen sich dahinter keine Gedanken. Ich denke, so ein Workshop würde ihnen helfen, mal ein bisschen durchzublicken und ein bisschen wach zu werden.“<sup>112</sup>**

Im Allgemeinen würden die Teilnehmenden das Bildungsprogramm Vereinen jeglicher Art und Menschen jeglichen Alters empfehlen, Auszubildenden wie jungen Erwachsenen ebenso wie Senioren und großen und kleinen Unternehmen; gerade Menschen im Alter von „15 bis 22“ sei das Programm zu empfehlen, denn bei „Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ fehle oft das Wissen in Sachen Demokratie.<sup>113</sup> Dieses Defizit wiege umso schwerer, wenn die Jugendlichen ins wahlfähige Alter kommen und bisher vornehmlich hierarchische Strukturen kennengelernt hätten.<sup>114</sup> Insbesondere sollten auch Schüler und Schulklassen (8.-10. Klasse) die Gelegenheit bekommen, ein derartiges Programm zu erleben. Auch Führungskräfte sollten vermehrt an dem Programm teilnehmen und Unternehmen, in denen die Kommunikation problematisch ist. Die Größe von Unternehmen könnte indes ein kritischer Faktor sein: Je größer ein Unternehmen ist, umso komplizierter sind eventuell die kommunikativen Kanäle zu bespielen. Bei einer großen Anzahl von Personen wäre das Programm des Landtags eventuell schwieriger umzusetzen.

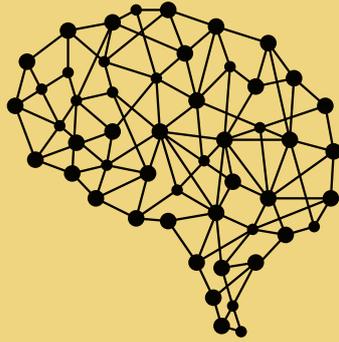
Die Antworten zeigen, dass das Bildungsangebot des Landtags im Prinzip für jeden geeignet ist, der sich mit Demokratie beschäftigen und/oder seine Kenntnisse auffrischen möchte oder der zum ersten Mal an das demokratische System herangeführt wird.



112) 927\_1\_d\_AZ, 218 ff.

113) 216\_1\_a\_AZ, 203 f., 207 f.

114) 927\_2\_b\_FK, 201 f.



### 3.4 Perspektiven auf die Demokratie nach den Workshops

#### 3.4.1 Werte im Wandel?

Nach dem zweiten Workshop wurden die Teilnehmenden danach befragt, welche demokratischen Werte für sie nach dem Bildungsangebot zentral sind, um zu erfahren, ob es eine begriffliche Schärfung bewirkt hat.

Immer noch standen bei den Beteiligten Werte wie **Freiheit** in Formen von Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Wahlfreiheit assoziativ am deutlichsten mit Demokratie in Verbindung sowie auch Werte wie **Selbstbestimmung**, das **Mitspracherecht** oder die **Mitbestimmung**, was sich durchaus mit dem Rheinland-Pfalz-Monitor 2023/2024 deckt, in dem „[f]reie Meinungsäußerung, Mitbestimmungsmöglichkeiten und persönliche Freiheiten“ von den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern „als größte Vorteile der Demokratie genannt“ wurden (Jun et al., 2024: 17). Demokratie erfordert mithin den **Mut, die eigene Meinung zu vertreten**, aber auch den Respekt vor den Meinungen anderer, die durchaus abweichen können. Stärker als bei der ersten Interviewrunde wurden gerade Punkte wie Achtung, aber auch **Gleichberechtigung verschiedener Gruppierungen, Vertrauen und Offenheit**, das offene Europa, die Vielfalt, **das faire Miteinander**, die **Gemeinschaft von Menschen** und der Zusammenhalt unterstrichen. Betont wurde – eher als in der ersten Interviewphase – wie sehr Demokratie auf eine **demokratische Gemeinschaft** angewiesen ist, in der es differente Meinungen geben darf und muss, mit denen auf tolerante Art und Weise umzugehen ist.

Hiervon gab es auch eine abweichende Einzelmeinung, die betonte, Demokratie bestünde darin, das „Leben selbst so [zu] gestalten, wie man es will“<sup>115</sup>, eine Aussage, die sich gerade nicht auf eine Gemeinschaft bezieht.

---

115) 198\_2\_b\_AZ, 81.

### 3.4.2 Lerneffekte

Die Lerneffekte der Workshops wurden unterschiedlich aufgefasst und beschrieben. Überwiegend war der Eindruck, „dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist“<sup>116</sup> – und zwar sowohl bei Führungskräften wie auch bei den Auszubildenden. Falls die Demokratie ins Wanken gerät – durch etwaige Bedrohungen der Demokratie von innen wie von außen, „dann muss man halt aktiv werden.“<sup>117</sup> Die Einsicht, dass die Demokratie etwas ist, das keineswegs selbstverständlich ist, wurde einerseits durch die politischen Dynamiken befördert, andererseits durch die Workshopreihe geschärft.

Für einige Teilnehmende waren die Workshops eine „Auffrischung“<sup>118</sup> in Sachen Demokratie, die das Demokratieverständnis gestärkt bzw. klarer gemacht hätten, für andere eine Ermutigung, sich zukünftig demokratischer zu verhalten<sup>119</sup> bzw. sich mehr mit Politik zu beschäftigen<sup>120</sup>, denn Demokratie lebe von Beteiligung<sup>121</sup>, und man müsse dafür einstehen, dass die Meinungen anderer respektiert werden<sup>122</sup>. Einem Teilnehmer wurde bewusst, „dass Demokratie uns immer begleitet“ und „bei allen Bereichen dabei“<sup>123</sup> ist. Aber auch die konkreten Lerninhalte wurden hervorgehoben. So war nicht allen im Vorfeld bewusst, dass es einen Unterschied zwischen Parteien und Fraktionen oder welche Stimmenverteilung es im Landtag gibt. So gestand auch eine Führungskraft, dass sie vorher „politisch nicht viel gebildet war“<sup>124</sup>.

Das Bildungsprogramm hatte auch den Effekt, dass das Selbstbewusstsein zugenommen habe, die eigene Meinung auch gegenüber Auszubildenden zu vertreten und Kompromisse zu finden.<sup>125</sup> Überrascht war eine Führungskraft davon, dass die Auszubildenden – nicht wie sie erwartet hätte – scheinbar kein Desinteresse an dem Thema Politik hätten, sondern sich äußerst interessiert zeigten.<sup>126</sup> Ein Effekt war der gefasste Vorsatz, die Demokratie mehr schätzen zu lernen und sich auf andere Meinungen einzulassen.<sup>127</sup> Einer Führungskraft wurde noch einmal bewusst, dass für junge Menschen Parteien unterschiedlich sichtbar seien, etwa wenn sie TikTok nutzten, wo vor allen Dingen die AfD wahrnehmbar wäre, womit sich die Frage stellte, wie andere Parteien junge Menschen eigentlich erreichen könnten.<sup>128</sup>

Es gab aber auch vereinzelte Stimmen, die von sich sagten, dass sich weder ihr Demokratieverständnis verändert, noch erweitert habe,<sup>129</sup> wie auch solche, die für sich persönlich nichts mitgenommen hätten, „weil ich lass mir jetzt auch nicht groß was da reinreden, will mich jetzt auch nicht groß verändern. Ich bin zufrieden, so wie ich bin. Und brauche ich mich nicht groß verändern lassen.“<sup>130</sup>

Die Führungskräfte fühlten sich bestätigt und waren froh, an den Workshops mit ihren Auszubildenden teilgenommen zu haben. Sie hatten den Eindruck, dass die Auszubildenden informativ mitgenommen worden waren, wobei insbesondere die Vielfalt der Perspektiven der Teilnehmenden betont wurde.

---

116) 198\_2\_a\_AZ, 127.

117) 287\_2\_c\_FK, 115.

118) 198\_2\_b\_AZ, 52.

119) 198\_2\_a\_AZ, 46.

120) 643\_2\_b\_AZ, 290.

121) 643\_2\_a\_AZ, 106.

122) 643\_2\_b\_AZ, 103.

123) 287\_2\_a\_AZ, 72, 74 f.

124) 287\_2\_c\_FK, 12.

125) 643\_2\_b\_AZ, 48.

126) 287\_2\_d\_FK, 44.

127) 924\_2\_d\_AZ, 62, 65, 74.

128) 927\_2\_b\_FK, 57 ff.

129) 287\_2\_d\_FK, 65.

130) 198\_2\_b\_AZ, 156 ff.

### 3.4.3 Unternehmerische Transformation

Im Vorfeld der Workshops wurden die Teilnehmenden auch danach befragt, was sie sich für Veränderungen in ihrem Unternehmen wünschen würden. Viele haben in ihrem Unternehmen keine Verbesserungsmöglichkeiten gesehen und waren mit ihrer Situation äußerst zufrieden. Diejenigen, die sich kritisch äußerten, wünschten sich eine bessere Kommunikation und mehr Mitsprachemöglichkeiten der Mitarbeitenden hinsichtlich der Unternehmensziele.<sup>131</sup> In einem Fall sei das Thema Demokratie in dem Unternehmen bis vor kurzem nicht sichtbar gewesen, doch nun gebe es dazu Veranstaltungen, die auch zukünftig fortgesetzt werden sollten.<sup>132</sup>

In einem anderen Fall wurde mangelnder Mut, die Wahrheit zu sagen, beklagt:

**„Die Offenheit, die vorgelebt wird, auch tatsächlich leben, das würde ich mir bei uns wünschen. Also diese gewollte Offenheit, die auch kommuniziert wird, die dann aber letztendlich nicht wirklich, glaube ich, gewollt ist in vielen Punkten also. Das würde ich gern ändern.“<sup>133</sup>**

Nach dem zweiten Workshop wurde das Entwicklungspotential dieses Unternehmens hinsichtlich demokratischer Strukturen ambivalent gesehen – gerade aus der Perspektive einer Führungskraft. Da werde „Wein [seitens der Geschäftsführung] gepredigt und Wasser getrunken“<sup>134</sup>. Sie bezweifelte denn auch das demokratische Potential in ihrem Unternehmen: „Vielleicht ist auch Demokratie und unternehmerisches oder Demokratiehandeln, unternehmerisches Handeln doch schwer zu vereinbaren manchmal“<sup>135</sup>. Demokratie in Unternehmen wurde generell als Widerspruch empfunden.<sup>136</sup>

Betont wurden jedoch erneut auch die Rollen von JAV und Betriebsrat<sup>137</sup>, von Aufsichtsratswahlen und Personalvertretung<sup>138</sup> als demokratische Strukturen; überdies wurden zum Teil keine Möglichkeiten zur Veränderung hin zu mehr Demokratie gesehen<sup>139</sup>, denn schlussendlich muss eine Person eine Entscheidung fällen, was impliziert, dass sie es nicht jedem recht machen kann.<sup>140</sup> Entscheidungen zu treffen, sei ein undemokratischer<sup>141</sup> und Demokratie ein manchmal schwerfälliger Prozess.<sup>142</sup> Hinsichtlich der Mitbestimmung wurde ein Unternehmen als eher schwach demokratisch verstanden; ginge es hingegen um den Spielraum eigenverantwortlichen Handelns, so wurde es als äußerst demokratisch eingestuft.<sup>143</sup> So zeigte sich ein Unterschied zwischen der unternehmerischen Entscheidung, die als undemokratisch, und der Möglichkeit zur Teilhabe an Entscheidungsprozessen, die als demokratisch wahrgenommen wurde.

---

131) 924\_1\_a\_FK, 203.

132) 287\_1\_d\_FK, 304.

133) 287\_1\_c\_FK, 328.

134) 287\_2\_c\_FK, 139.

135) 287\_2\_c\_FK, 158.

136) 924\_2\_b\_AZ, 105.

137) 198\_2\_a\_AZ, 71 ff.

138) 198\_2\_d\_FK, 52.

139) 198\_2\_a\_AZ, 97.

140) 198\_2\_b\_AZ, 69.

141) 198\_2\_c\_FK, 79.

142) 198\_2\_b\_AZ, 100 ff.

143) 927\_2\_b\_FK, 82 ff.

Um Veränderungsprozesse gleichwohl zu realisieren, müssten auch mehr Führungskräfte dafür bereit sein. Die Beziehungen zwischen Auszubildenden und den Führungskräften, die als Ausbilder fungieren, könnten demnach intensiviert werden. Auch sollten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mittels Informationen mehr in unternehmerische Prozesse miteinbezogen werden.<sup>144</sup> Wenn nicht immer alles kommuniziert wird, würde dies zu Gerüchten führen.<sup>145</sup> Kommunikative Prozesse könnten also stets verbessert werden.

Auf der anderen Seite vermittelten die Workshops doch die Hoffnung, dass die Mitarbeitenden sich zukünftig besser in die Unternehmen einbringen könnten. Auszubildenden könnte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden und allgemein könnte sich das Verhältnis zwischen Auszubildenden und Geschäftsleitung nach den Workshops positiv verbessern.<sup>146</sup> In einem Unternehmen wurde zudem ein Azubitag angeregt, bei dem es regelmäßig zu einem Austausch zwischen Auszubildenden und Geschäftsleitung kommen soll. In einem anderen Unternehmen wurde überlegt, einen Ausbildungsberater zu integrieren, der als Ansprechpartner für die Auszubildenden fungiert,<sup>147</sup> oder es wurde die Einführung eines Gremiums von Mitarbeitenden erwogen, das eine mögliche Realisierung von Entscheidungen der Geschäftsführung prüfen könnte.<sup>148</sup> In einem der Unternehmen, das keinen Betriebsrat hat, wurde überlegt, eine Jugend Auszubildenden Vertretung einzuführen und regelmäßig Gespräche der Auszubildenden mit der Geschäftsführung zu veranstalten.<sup>149</sup> In einem anderen Unternehmen seien die Perspektiven der Auszubildenden bei einer Führungskräfte-Tagung mit berücksichtigt worden<sup>150</sup>, eine Vollversammlung der Auszubildenden soll eingeführt werden<sup>151</sup>. Ein Unternehmen sah sich auch explizit in seinen demokratischen Strukturen durch das Bildungsangebot bestärkt<sup>152</sup>. Zudem sei durch den Workshop der Blick auf demokratische Prozesse geschärft worden<sup>153</sup>, denn Mitarbeitende könnten bei Entscheidungen noch mehr miteinbezogen werden. Aus Sicht einer Führungskraft sollte das Unternehmen mittels Plattformen Demokratie weiterhin thematisieren<sup>154</sup>. Überhaupt wurden sich regelmäßige Weiterbildungen in Sachen Demokratie gewünscht.<sup>155</sup> Demokratische Prozesse würden auch durch eine Politik der offenen Tür gefördert, durch eine „Ideenkiste“ im Intranet<sup>156</sup>, in der jeder Mitarbeitende Anliegen vorbringen kann, durch Mitarbeiterbefragungen oder durch Abstimmungen über bestimmte Firmenevents wie Weihnachtsfeiern. Anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl wollte ein Unternehmen vor allem für die Auszubildenden ein Event mit Bundestagskandidaten organisieren.<sup>157</sup>

---

144) 287\_2\_a\_AZ, 119 f.

145) 924\_2\_b\_AZ, 81.

146) 924\_2\_d\_AZ, 136.

147) 927\_2\_a\_FK, 194.

148) 927\_2\_c\_AZ, 120.

149) 927\_2\_b\_FK, 46 ff.

150) 198\_2\_c\_FK, 101.

151) 198\_2\_c\_FK, 139.

152) 643\_2\_c\_FK, 141.

153) 643\_2\_d\_FK, 7.

154) 287\_2\_d\_FK, 125.

155) 927\_2\_c\_AZ, 132 ff.

156) 24\_2\_e\_AZ, 89, 73.

157) 927\_2\_b\_FK, 40 ff.

## 4. Die Forschungsergebnisse im gesellschaftlichen Kontext

Demokratische Prozesse in einem Unternehmen zu forcieren, erhöht den Komplexitätsgrad der Organisation und den Organisationsgrad zwischen den Beteiligten und verlangsamt möglicherweise auch Entscheidungsfindungen, dürfte aber zu mehr Zufriedenheit bei allen Beteiligten führen. Freie Meinungsäußerung und freies Wirtschaften bedingen vielleicht nicht einander, sie sind aber in liberalen Gesellschaften miteinander verwoben. Freiheit fördert Innovationen und bürgerliche Freiheiten sind essentiell für wirtschaftliches Wachstum. Sie befördern den Austausch von Ideen und Produktionstechniken. Die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit einer Demokratie kann geradezu auf das Recht und den Umfang freier Meinungsäußerungen zurückgeführt werden (Nikolova und Popova, 2024). Deshalb auch ist es nur konsequent, Unternehmen demokratiepolitisch zu verorten.



Diese Studie ist hinsichtlich der Befragten sicherlich nicht repräsentativ. Einige der befragten Führungskräfte sind politisch aktiv oder mit jemandem liiert, der/die politisch aktiv ist. Einige der befragten Auszubildenden werden im Februar 2025 anlässlich der Bundestagswahl zum ersten Mal an die Wahlurne schreiten. Aufgrund der Erzählungen der Befragten können wir die Analyse des Instituts für Generationenforschung nicht bestätigen, dass Migration bei jüngeren Menschen das wichtigste Thema ist. Allerdings können auch wir belegen, dass Rechtsextremismus im Fokus steht (Institut für Generationenforschung, 2024). Die meisten jungen Erwachsenen dieser Studie schätzten sich als konservativ ein. Auch dies deckt sich mit der Studie des Augsburger Instituts.

Der Zuwachs von Jungwählern, die eine populistische Partei wählen, ist weder allein mit politischen Einstellungen, mit politischem Misstrauen oder der Unzufriedenheit mit dem politischen System zu erklären (König und Eschenwecker, 2024). Vielmehr weist dieser Zuwachs auf die ökonomische, soziale wie kulturelle Lage der jungen Wähler hin und auf ihre Bedürfnisse, die von den Parteien der Mitte nicht bedient werden. Jüngere Studien legen zumindest einen Zusammenhang zwischen subjektivem Wohlbefinden und Wahlverhalten nahe (Abou-Chadi et al., 2024; Adena und Huck, 2024). Dass die Neigung, extreme Parteien zu wählen, von der Inflation, von der Kaufkraft und den Löhnen abhängig ist, zeigte jüngst auch ein Working Paper des Kieler Instituts für Weltökonomie (Federle et al., 2024). Dies wurde in den 2000 Jahren noch anders gesehen, schienen die Ursachen für das Wählen extremer – rechter – oder populistischer Parteien nicht in den ökonomischen Umständen begründet, sondern in der befürchteten Gefährdung nationaler Identität durch Immigrantinnen und Immigranten und der damit einhergehenden Angst vor dem Verlust eines Gemeinschaftszusammenhalts (Oesch, 2008). Umso ernster für die Demokratie ist die Sorge der jungen Menschen zu nehmen, wenn sie, wie in dieser Studie, steigende Lebenserhaltungskosten beklagen.

Einige der Befragten berichteten von ihren Bedenken, bei einigen Medienkanälen, die sie konsumieren, eventuell falsch bzw. desinformiert zu werden. Desinformation ist sicherlich eine der aktuellen großen Herausforderungen von Demokratien. Bereits 2018 hatte die EU einen Aktionsplan gegen Desinformation beschlossen (Europäische Kommission, 2018), der allerdings weder eine russische Troll-Armee auf der

Plattform X unterbinden kann (Der Spiegel, 2024), noch verhindert, dass sich Unternehmer mit kruden Ansichten in Wahlkämpfe einmischen und desinformieren (Die Welt, 2024; Bernhard et al., 2024). Es ließ sich jedoch keine bedenkliche Tendenz zu so genannten „Echokammern“ feststellen, bei denen sich die Menschen in geschlossenen (Medien-)Räumen aufhalten, um sich gegenseitig in ihren (gleichen) Meinungen zu stärken (Mangold et al., 2024). Zwar haben einige der Interviewten zugegeben, politischer Streitkultur auszuweichen, jedoch lässt der gleichzeitig eingestandene vielfältige Medienkonsum auf eine Offenheit der Menschen schließen, die sich nicht auf die Nutzung von Internet-Plattformen reduzieren lässt.

In den letzten Jahren war ein Anstieg des Interesses an politischen Themen bei Bürgerinnen und Bürgern zu verzeichnen. Dies gilt auch für Jugendliche und junge Erwachsene (Weßels, 2024). Doch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass, auch wenn die Demokratie in Deutschland relativ stabil ist, die Unzufriedenheit mit der Demokratie ansteigt, ein Vertrauensverlust sich ausbreitet und Verschwörungstheorien sowie Populismen zunehmen (BICC/IFSH/INEF/PRIF, 2024). Vor dem Hintergrund, dass die Zustimmung zur Demokratie in Deutschland abnimmt und sich etwa 45 % der Bevölkerung „zumindest teilweise autokratische Verhältnisse in Deutschland vorstellen“ (Pickel et al., 2024a: 187) können, ist ein Projekt wie das des rheinland-pfälzischen Landtag umso bedeutsamer. Auch anderswo – etwa beim Zusammenschluss von über 70 Unternehmen zur Allianz der Chancen – wurde die Wichtigkeit der Demokratiebildung bei Auszubildenden erkannt (Dittmann und Gieseke, 2024).



### **Wie werden politische Einstellungen in den Unternehmen geformt?**

Politische Einstellungen werden nicht bloß von thematischen Setzungen wie Migration oder Klimawandel geformt, sie ergeben sich 1. gerade aus dem Arbeitsumfeld. Hier lernen die Menschen Argumentationsverfahren, Heuristiken und Problemlösungstechniken, die ihre Einstellungen zu politischen Themen prägen (Kitschelt und Rehm, 2014). Überdies gibt es 2. Anzeichen dafür, dass sozial verantwortliches Handeln von Unternehmen auf Mitarbeitende abfärbt und sie dazu bewegt, in ihrem privaten Umfeld ebenfalls sozial verantwortlich tätig zu werden und sich für das Gemeinwohl zu engagieren (Koch-Bayram und Biemann, 2024). Arbeitserfahrungen korrelieren 3. mit politischen Einstellungen. Veränderungen in der Arbeitsorganisation können also zu veränderten politischen Einstellungen führen. Menschen, die bei ihrer Arbeit eher mit sozialen Aspekten zu tun haben, die im Kundenaustausch stehen, tendierten eher zu liberalen Ansichten, derweil Manager, die eine ökonomischen Liberalismus befürworteten, eher zu autoritären Ansichten neigten (Kitschelt und Rehm, 2024: 1691).

Diese Einsichten sind nicht deterministisch zu verstehen. Sie dienen allerdings als Hinweis, dass eine Begegnung auf „Augenhöhe“ und eine flache Hierarchie in der Arbeitsorganisation demokratische Effekte zeitigt. Wenn also Unternehmen sich in Sachen Demokratie engagieren, so ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, dass sie damit das demokratische Verständnis von Mitarbeitenden prägen und zum Schutz der Demokratie beitragen.

# 5. Empfehlungen

## 5.1 Das Bildungsangebot

### 5.1.1 Demokratie als gelebte Praxis: Herausforderungen und Prinzipien

Demokratie lässt sich nicht lehren, indem von ihr bloß erzählt wird. Demokratie setzt stets eine Teilnahme der Akteure voraus, die sich miteinander austauschen, streiten, Kompromisse finden und auch einmal einer Meinung sind. Demokratie ist eine Praxis, die manchmal schwer auszuhalten ist, weil sie Komplexitätsgrade erhöht, Verfahrensweisen verlangsamt, Entscheidungen aufschiebt.

Freiheit und Gleichheit sind die Prinzipien, über die sich Demokratie operativ definiert. Freiheit weist auf die **Verantwortung**, die jeder für sein Handeln zu übernehmen hat, Gleichheit auf den irreduziblen Anderen, der gleiche Rechte wie Pflichten hat wie jeder andere auch.

Schaut man nun auf Demokratie in Unternehmen, so lassen sich in ihnen unterschiedliche Entscheidungs- bzw. Mitsprachemuster identifizieren. Zum einen werden strategische Entscheidungen ohne oder mit Konsultation von Mitarbeitenden getroffen; Entscheidungen können aber auch mittels Abwägung verschiedener Meinungen zustande kommen oder sie werden an Fachabteilungen delegiert. Eine dritte Möglichkeit, demokratische Entscheidungen zu organisieren, besteht durch Organe wie Betriebsrat oder JAV, die eine kontrollierende wie vorschlagende Funktion ausüben. Die Abwesenheit dieser Organe in einigen Unternehmen bedeutet indes nicht, dass die Unternehmen als weniger demokratisch empfunden werden. Wichtiger für das demokratische Empfinden scheint demnach das Verhältnis von Führungskräften und Mitarbeitenden zu sein, wobei die Qualität dieses Verhältnisses davon abhängt, wie sehr Mitarbeitende den Eindruck haben, dass sie sich frei äußern können und gehört werden. Sie hängt aber auch davon ab, wie gut Führungskräfte Perspektiven und Einstellungen ihrer Mitarbeitenden kennen.

Das Bildungsangebot des rheinland-pfälzischen Landtags bestand einmal darin, Auszubildende über die repräsentative Demokratie zu informieren, sie über das Funktionieren des Landtags zu unterrichten und sie über ein Planspiel Politik simulieren zu lassen. Auf der anderen Seite war es das Ziel, die demokratischen Prozesse in den Unternehmen aufzudecken und gleichzeitig demokratische Defizite zu beleuchten.

### 5.1.2 Demokratiebildung in Unternehmen: Erkenntnisse aus den Workshops

Die Workshops hatten folgende Effekte:

1. Sie schärften das **Wissen** bei den Teilnehmenden **hinsichtlich demokratischer Vielfältigkeit**. Demokratie ist nicht nur, aber auch eine politische Kategorie. Sie geht aber darüber hinaus, wenn die Teilnehmenden feststellten, dass sie überall anzutreffen ist. Demokratie wurde somit als eine Weise wahrgenommen, wie sich die Um- und Mitwelt strukturiert. Dieses Bewusstsein war vor den Workshops nicht in aller Deutlichkeit artikuliert worden, somit schärften die Workshops das Demokratieverständnis.



2. Wenn Demokratie eine Weise ist, wie Welt geordnet und gestaltet werden kann, die sicher facettenreich ausfallen kann, so gibt es auch viele Weisen, wie Welt undemokratisch geordnet werden kann. **Demokratie**, so die Einsicht vieler Teilnehmender, **ist keineswegs selbstverständlich**. Stets muss um sie gerungen werden. Sie erfordert Achtsamkeit und Pflege.
3. Diese **Notwendigkeit der Pflege** wurde dadurch deutlich, dass Demokratie es zulässt, dass in ihr auch demokratiekritische Stimmen möglich sind. Werden dieses Stimmen demokratiefeindlich, so muss sich die Demokratie stärker wappnen. **Unternehmen** haben in diesem Fall die Aufgabe, demokratiekorrigierend einzugreifen, falls in der Binnenperspektive demokratiefeindliche Stimmen zu Störfaktoren innerhalb des Unternehmens werden. Die Teilnehmenden nahmen zumindest mit Sorge zur Kenntnis, dass die Sympathie mit Positionen, die die AfD vertritt, zum Teil auch in den Unternehmen geäußert wird. Hier müssen Unternehmen zwar den Dialog fördern, aber auch eine das Unternehmen schützende Funktion wahrnehmen.
4. Die Workshops leisteten einen Austausch zwischen Auszubildenden und Führungskräften. Sie übernahmen damit eine vermittelnde Position und ermöglichten, dass zwei grundsätzlich gegenüberstehende Perspektiven voneinander erfuhren, was sie bewegt. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit einer möglichen Transformation des Unternehmens hin zu mehr Demokratie als eher gering eingestuft wurde, so wurden die **Begegnungen von Führungskräften und Auszubildenden** sowohl im Landtag, aber mehr noch im Unternehmen als äußerst bereichernd empfunden. Das **Bildungsangebot** übernahm hier die Funktion eines **Katalysators der Verständigung**.
5. Neben diesem unmittelbaren Effekt hatten die Workshops auch einen mittelbaren Effekt. Sie regten dazu an, **Meinungen von Auszubildenden** regelmäßig („Azubitag“) auch organisatorisch einzuholen oder sie bei Treffen von Führungskräften zu präsentieren. Überdies regten sie zu einer **Informationsveranstaltung zum Thema Demokratie** an. Wie nachhaltig ein derart organisatorischer Aufwand sein wird, wird sich erst erweisen.

### 5.1.3 Empfehlungen für weitere Workshops

1. **Aktivere Einbindung der Führungskräfte:** Um den Austausch zwischen Führungskräften und Auszubildenden zu fördern, sollten Führungskräfte von Anfang an stärker in den Workshop eingebunden werden. Eine aktivere Rolle der Führungskräfte bereits am ersten Tag wäre sinnvoll, anstatt sie auf eine passive Position zu beschränken.
2. **Anpassung des Planspiel-Themas:** Die Themen des Planspiels („Wahlrecht ab 16 Jahren?“, „PKW-Führerschein ab 16 Jahren?“) könnten variieren, um herauszufinden, welche Inhalte tatsächlich gegenseitige Mehrheiten unter den Auszubildenden fördern. Dies könnte die Selbstreflexion und Diskussionskultur beleben.
3. **Umgang mit demokratiefeindlichen Tendenzen:** Die Workshops sollten Strategien vermitteln, wie Unternehmen demokratiefeindlichen Tendenzen begegnen können. Dies könnte ein praktisches Werkzeug für den Umgang mit solchen Herausforderungen bieten.

4. **Erweiterung des Bildungsprogramms:** Eine Öffnung des Programms für andere Altersgruppen und Organisationen könnte die Wirkung und Reichweite des Angebots erhöhen. Demokratiebildung sollte weder durch Alters- noch Unternehmensgrenzen limitiert sein.
5. **Ausdehnung der Workshop-Dauer:** Eine Verlängerung der Workshops über zwei Tage hinaus könnte Raum für nachhaltigere Veränderungsprozesse schaffen. Sollte dies nicht durch den Landtag möglich sein, könnte eine externe Mediation in Betracht gezogen werden, um die Umsetzung zu begleiten.
6. **Methodenvorschläge:**
- a) **Fishbowl-Diskussion** – Eine kleine Gruppe diskutiert ein Thema aktiv, während die anderen zuhören. Zuhörende können jederzeit in die Diskussionsrunde eintreten, indem sie einen Platz im Innenkreis einnehmen. Dies ermöglicht eine dynamische Debatte, z. B. zur Frage „Was bedeutet Demokratie für mich?“. Diese Methode kann auch als „Reverse-Fishbowl“ eingesetzt werden: Hier diskutieren zunächst nur die Auszubildenden über die Leitfrage. Die Führungskräfte sitzen außen und hören zu. Danach dürfen die Führungskräfte ihre Sichtweise einbringen, aber erst nachdem sie die Aussagen der Azubis zusammengefasst haben.
  - b) **Storytelling-Übung** – Die Teilnehmenden erzählen von Situationen, in denen sie erlebt haben, dass Entscheidungen partizipativ oder eben nicht getroffen wurden. Anschließend tauschen sie sich aus und diskutieren, wie die Situation besser hätte gelöst werden können und wie solche Situationen künftig gestaltet werden können.
  - c) **Realitätsnahe Gruppenarbeit** – Demokratie im Unternehmen verbessern – Kleingruppen entwickeln konkrete Ideen, wie demokratische Strukturen in ihrem Unternehmen gestärkt werden können (z. B. regelmäßige Austauschformate zwischen Führungskräften und Azubis, mehr Transparenz bei Entscheidungsprozessen). Sie präsentieren ihre Vorschläge der Geschäftsführung oder anderen Entscheidungsträgern.
  - d) **„Mein nächster Schritt“** – Persönlicher Commitment-Plan – Jede/r Teilnehmende schreibt auf, welchen konkreten Schritt sie oder er nach dem Workshop unternehmen möchte, um demokratische Mitbestimmung im eigenen Arbeitsalltag zu stärken. Diese Pläne können mit Kolleginnen und Kollegen oder Vorgesetzten geteilt werden.
  - e) **World Café mit Führungskräften** – die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Auszubildenden und Führungskräften wird anhand neuer Leitfragen diskutiert, z. B.: Was sind die größten Herausforderungen bei der Kommunikation zwischen Führungskräften und Auszubildenden, und wie können diese überwunden werden? Welche demokratischen Werte sollten im Arbeitsumfeld besonders gefördert werden, und wie können sie im Alltag umgesetzt werden? Wie kann demokratische Mitbestimmung in kreativen Entscheidungsprozessen helfen, Innovationen voranzutreiben? Welche Möglichkeiten gibt es, demokratische Prinzipien in der Ausbildung von Auszubildenden zu integrieren? Was können ältere und jüngere Mitarbeitende voneinander lernen, um gemeinsam eine stärkere demokratische Kultur zu schaffen?

## 5.2 Erzeugung politischer Nähe

Neben den Empfehlungen für das Bildungsangebot, die sich unmittelbar aus diesem selbst ergaben, gab es auch Thematiken, die durch die Workshops und Interviews mittelbar angesprochen wurden und die als Empfehlung für die Politik verstanden werden können.

### 5.2.1 Demokratie im Alltag und die Rolle der Politik

Die **Demokratie ist überall**, wenn man den Teilnehmenden der Workshops glaubt: Im Verein ebenso wie im Alltag am Esstisch der Familie, unter Freunden, im Unternehmen, bei Festen und Aktivitäten in der Freizeit. Demokratie ist mehr ein Modus des Daseins, der sich mit dem Dialog eröffnet, denn auf ein politisches System beschränkt. Und dennoch wirken ihre politischen Ausformungen häufig nicht nah, ihre repräsentativen Träger sind distanziert und kennen den Alltag der Bürgerinnen und Bürger kaum, so der Eindruck einiger Teilnehmender. Nah ist das regionale Umfeld, die Frage, ob die Kommune endlich den Aschesportplatz gegen Rasen tauscht, Mainz ist schon weiter weg, aber immer noch nachvollziehbar; Berlin hingegen ist eine weite Reise, wirkt fern, die Entscheidungen, die dort getroffen werden, sind nicht immer nachvollziehbar; selbst für diejenigen nicht, die der gleichen Partei wie die Entscheidungsträger angehören. Politik sieht sich der Selbstillusion ausgesetzt, wo sie meint, die Nöte der Bürgerinnen und Bürger auf das Thema Migration begrenzen zu können.

Auch wenn Deutschland immer noch die drittgrößte Wirtschaftskraft der Welt ist, stellt sich dies für kleine und mittelständische Unternehmen anders dar. Bei einem rückläufigen bzw. stagnierenden Wirtschaftswachstum hatte zumindest eines der Unternehmen, das an dem Bildungsangebot teilnahm, mit einer mangelnden Auftragslage zu kämpfen. Hier hat die Politik die Aufgabe, konkret mit Unternehmen im Allgemeinen den Dialog zu suchen, welche Unterstützung sie bei ihrem bestehenden Geschäftsmodell benötigen, bzw. bei einer möglichen Umstrukturierung oder Erweiterung des Geschäftsmodells behilflich zu sein.

Mehr Gestaltungsspielraum ist erwünscht, mehr Mitspracherecht wird eingefordert, nicht nur im Unternehmen. Die Möglichkeiten hierfür scheinen, wenn man sich nicht ohnehin bereits engagiert, zu wenig bekannt. Von einer Einwohnerversammlung wusste niemand der Befragten, der sich nicht engagierte, zu erzählen (Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz e.V., 2024), von anderen kommunalen Angeboten zum Austausch wussten nur die ohnehin in der Politik engagierten zu berichten. Hier könnte die Politik ihre Angebote zum Dialog transparenter gestalten und besser informieren. Dazu gehört auch, demokratische Räume jenseits von Parteipolitik anzubieten, seien diese Räume nun „Orte der Begegnung“ oder Räume von „Gestaltungsmöglichkeiten“ (Best et al., 2024: 72 f.). Insgesamt könnte die Kommunikation zwischen Politik sowie Bürgerinnen und Bürgern hinsichtlich der Möglichkeiten einer Bürgerbeteiligung noch verbessert werden.

### 5.2.2 Bildung und Beteiligung als Schlüssel zur politischen Nähe

Grundsätzlich ist es für eine Demokratie ein besorgniserregendes Zeichen, wenn die Bürgerinnen und Bürger, die in ihr leben, den politischen Diskurs aus der Befürchtung heraus scheuen, angefeindet und missverstanden zu werden. Hier hätte die politische Bildung den Auftrag, den offenen politischen Diskurs zu fördern, der kontrovers sein darf, bei denen Meinungen auch inkommensurabel sein können. Immer wieder wäre zu betonen, dass es in der Demokratie ja gerade nicht um den Konsens geht, sondern um einen Kompromiss, und dass die jeweiligen Meinungen im Rahmen demokratischer Rechtstaatlichkeit zu respektieren sind. Andernfalls ist zu befürchten, dass Bürgerinnen und Bürger weiterhin das Gefühl haben, dass die Politik nicht bei ihnen ankommt, was zu noch mehr Radikalisierung führen könnte.

Insbesondere ein Großteil junger Erwachsener und Jugendlicher fühlen sich von der AfD angesprochen (Institut für Generationenforschung, 2024). Hier müssen die demokratiebejahenden Parteien ansetzen und jungen Menschen Räume zur Entfaltung geben, sei es konkret durch Jugendzentren oder Veranstaltungen, die zusammen mit Jugendlichen organisierbar wären. Wenn Politik mit jungen Leuten nicht in den Dialog tritt und über ihre Sorgen und Ängste spricht, dann droht die Gefahr, dass sie von populistischen Ideen verführt werden. Politik kann hier Abhilfe schaffen, indem sie aktiv die Heranwachsenden begleitet.

Bildung in Sachen Demokratie sollte früh beginnen, wie auch die Befragten immer wieder betonten. Bereits in der Grundschule lassen sich Grundsätze von Abstimmungen einführen. Neben ihrer theoretischen Vermittlung muss sich Demokratie am Praktischen erproben. Denkbar wäre es, dass Schülerinnen und Schülern mehr Mitspracherechte hinsichtlich der Gestaltung ihrer Schule und ihres Unterrichts bekommen, schließlich verbringen sie hier einen Großteil ihrer frühen Lebenszeit. Im Unterricht selbst lassen sich Methoden anwenden, die – unabhängig vom Inhalt – dialogisches Lernen fördern. Schulparlamente könnten die Organisation von Schulen ergänzen und bereichern. Demokratie sollte dabei nicht als einzelnes Fach gelehrt werden, sondern es sollte als Handlungsfaden sämtliche Fächer durchziehen. Hier wären auch die entsprechenden Bedrohungen der Demokratie durch Fake News, Deepfakes oder populistische Strömungen zu thematisieren wie auch aktuelle Entwicklungen im Social-Media-Bereich.



### 5.2.3 Empfehlungen für die Politik

1. **Politik muss näher an den Bürgerinnen und Bürgern sein:** Politikerinnen und Politiker sollten aktiv auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen, sich erklären und transparent kommunizieren. Gleichzeitig ist es wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören und zu erfahren, was sie bewegt, um die Politik an ihren Wünschen auszurichten. Die Politik muss von der Distanz zur Nähe finden und greifbar werden.
2. **Dialog mit dem Mittelstand:** Politik sollte enger mit dem Mittelstand zusammenarbeiten, die Sorgen und Herausforderungen der Unternehmen ernst nehmen und ihnen gezielt Unterstützung bieten.
3. **Stärkung des demokratischen Engagements:** Auf kommunaler Ebene muss Politik mehr Transparenz zeigen und den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten bieten, sich auch jenseits von Parteizugehörigkeit politisch zu engagieren. Das fördert die Beteiligung und das Vertrauen in demokratische Prozesse.
4. **Mehr Austauschmöglichkeiten für Jugendliche:** Jugendliche sollten mehr kreative Freiräume für ihre Freizeitgestaltung erhalten. Zudem sollten ihnen Plattformen geboten werden, um sich für Demokratie und gesellschaftliche Themen zu engagieren.
5. **Frühzeitige Demokratiebildung:** Demokratie sollte schon in der Grundschule ein Thema sein und die Schülerinnen und Schüler bis zum Ende ihrer Schulzeit begleiten. Dabei sollte Demokratie nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch durch die Teilnahme an Entscheidungsprozessen in der Schule vermittelt werden, auch um etwaigen Radikalisierungen präventiv vorzubeugen oder um besser mit ihnen umgehen zu können (Abs et al, 2024; Pickel et al., 2024b).

Abschließend ist zu bemerken, dass das Bildungsprogramm des Landtags gleichsam ein kathartisches Momentum beinhaltet, da es das Bewusstsein in Sachen Demokratie schärft, und fortgeführt und eventuell ausgebaut werden sollte.

# Quellenverzeichnis



- 1 Abou-Chadi, T., Cohen, D., Kurer, T. (2024): Rental Market Risk and Radical Right Support. *Comparative Political Studies*, 0(0). <https://doi.org/10.1177/00104140241306963>.
- 2 Abs, H.J., Hahn-Laudenberg, K., Deimel, D., Ziemes, J.F. (Hrsg.) (2024): ICCS 2022. Schulische Sozialisation und Politische Bildung von 14-Jährigen im internationalen Vergleich, Waxmann.
- 3 Adena, M., Huck, S. (2024): Support for a right-wing populist party and subjective well-being: Experimental and survey evidence from Germany, *PLoS ONE* 19(6): e0303133.
- 4 Albert, M., Quenzel, G., Moll, F., Leven, I., McDonnell, S., Rysina, A., Ulrich Schneekloth, U., Wolfert, S. (2024): Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt, Weinheim, Zusammenfassung online: [https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study-2024/\\_jcr\\_content/root/main/section/simple/call\\_to\\_action/links/item0.stream/1730903501282/d8b545435fc2799eb6044e48b4a9fcc80b95b2d/ap-shell-jugendstudie-zusammenfassung-barrierefrei.pdf](https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study-2024/_jcr_content/root/main/section/simple/call_to_action/links/item0.stream/1730903501282/d8b545435fc2799eb6044e48b4a9fcc80b95b2d/ap-shell-jugendstudie-zusammenfassung-barrierefrei.pdf) [01.02.2025].
- 5 Bernhard, L., Schulz, L., Berger, C., Unzicker, K. (2024): Verunsicherte Öffentlichkeit. Superwahljahr 2024: Sorgen in Deutschland und den USA wegen Desinformationen, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- 6 Bertelsmann Stiftung (2022): Demokratie weltweit unter Druck: Zahl der autoritären Regierungen steigt weiter, online: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2022/februar/demokratie-weltweit-unter-druck> [03.02.2025].
- 7 Best, V., Decker, F., Fischer, S., Küppers, A. (2024): Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- 8 BICC/IFSH/INEF/PRIF (Hrsg.) (2024): Friedensgutachten 2024, Bielefeld.
- 9 Calhoun, C., Gaonkar, D. P. und Taylor, C. (2024): Zerfallserscheinungen der Demokratie, Frankfurt am Main.
- 10 Crouch, C. (2021): Postdemokratie revisited, Frankfurt am Main.
- 11 Der Spiegel (2024): Trollarmeen unterstützten AfD – und Wagenknecht, 27.07., online: <https://www.spiegel.de/panorama/propaganda-russische-trollarmeen-unterstuetzen-afd-und-sahra-wagenknecht-in-social-media-a-a73b2343-9013-4d17-81be-a8004c866cb0> [03.02.2025].
- 12 Derrida, J. (1992): Das andere Kap. Die vertagte Demokratie. Zwei Essays zu Europa, Frankfurt am Main.

- 13 Derrida, J. (2002): Politik der Freundschaft, Frankfurt am Main.
- 14 Derrida, J. (2003): Schurken. Zwei Essays über die Vernunft, Frankfurt am Main.
- 15 Dewey, J. (1930): Democracy And Education, New York.
- 16 Deutscher Bundesjugendring (2024): Zum Wahlverhalten junger Menschen: Wirksame Jugendpolitik statt Schuldzuweisungen, 25.09., online: <https://www.dbjr.de/artikel/zum-wahlverhalten-junger-menschen-wirksame-jugendpolitik-statt-schuldzuweisungen> [03.02.2024].
- 17 Die Welt (2024): Warum Elon Musk auf die AfD setzt – und warum er dabei irrt, online: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article254982012/Warum-Elon-Musk-auf-die-AfD-setzt-und-warum-er-dabei-irrt.html> [03.02.2025]
- 18 Dittmann, I., Gieseke, H. (2024): Demokratie erleben – ein modulbasiertes Workshopkonzept, BWP 4, 36-38.
- 19 Economist Intelligence (2024): Democracy Index 2023. Age of Conflict, online: <https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2023/> [03.02.2025].
- 20 Europäische Kommission (2018): Aktionsplan gegen Desinformation, Brüssel, online: [https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/aktionsplan\\_gegen\\_desinformation.pdf](https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/aktionsplan_gegen_desinformation.pdf) [03.02.2025].
- 21 Federle, J., Mohr, C., Schularick, M. (2024): Inflation Surprises and Election Outcomes, Kiel Working Paper, Kiel Institute for the World Economy, NO. 2278, Dezember.
- 22 Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz, <https://www.kommunalbrevier.de/kommunalbrevier/gemeindeordnung-gemo/>, § 16 [03.02.2025].
- 23 Institut für Generationenforschung (2024): Jugendwahlstudie 2024, online: <https://www.generation-thinking.de/post/jugendwahlstudie-2024>, [03.02.2025].
- 24 Jun, U., Drewes, O., Minas, M. (2024): Rheinland-Pfalz-Monitor 2023/2024, Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung, Trier.
- 25 Kelsen, H. (2023): Vom Wesen der Demokratie, Stuttgart.
- 26 Kitschelt, H., Rehm, P. (2014): Occupations as a Site of Political Preference Formation, Comparative Political Studies, Vol. 47(12), 1670-1706.
- 27 Koch-Bayram, I. F., Torsten Biemann, T. (2024): How Corporate Social (Ir)Responsibility Influences Employees' Private Prosocial Behavior: An Experimental Study, Journal of Business Ethics, 194, 103-118.
- 28 König, T., Eschenwecker, S. (2024): The Transformative Implications of Electoral Participation for the Vote Choice of Populist Parties, Political Science Research and Methods (xxxx), xx, 1-25, Cambridge.
- 29 Landtag Rheinland-Pfalz (2024): Demokratie-Workshop für Auszubildende und Führungskräfte, online: <https://landtag-rlp.de/de/mitmachen/demokratie/weiterbildung-fuer-unternehmen.htm> [31.01.2025].
- 30 Levitsky, S., Ziblatt, D. (2019): How Democracies Die, New York.
- 31 Luhmann, N. (2018): Soziale Systeme, 17. Aufl., Frankfurt am Main.
- 32 Mangold, F., Schoch, D., Stier, S. (2024): Ideological self-selection in online news exposure: Evidence from Europe and the US, Sci. Adv. 10, eadg9287.
- 33 Merkel, W. (2023): Im Zwielficht. Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main.
- 34 Mouffe, C. (2008): Das demokratische Paradox, Wien.
- 35 Nancy, J.-L. (2009): Wahrheit der Demokratie, Wien.
- 36 Neuerer, D. (2024): AfD-Chefin Weidel bringt Austritt Deutschlands aus der EU ins Spiel, 22.01., in: Handelsblatt, online: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/dexit-afd-chefin-weidel-bringt-austritt-deutschlands-aus-der-eu-ins-spiel/100009315.html> [03.02.2025].

- 37 Nikolova, M., Popova, O. (2024): Echoes of the past: The enduring impact of communism on contemporary freedom of speech values, *Journal of Economic Behavior & Organization*, Volume 227, 106739.
- 38 Nord, M., Lundstedt, M., Altman, D., Angiolillo, F., Borella, C., Fernandes, T., Gastaldi, L., God, A. G., Natsika, N., und Lindberg, S. I. (2024): *Democracy Report 2024: Democracy Winning and Losing at the Ballot*. University of Gothenburg: V-Dem Institute [12.01.2025].
- 39 Oesch, D. (2008): Explaining Workers' Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland, *International Political Science Review*, Volume 29, Issue 3, 349-373.
- 40 Pickel, S., Celik, K., Decker, O. (2024a): Verwahrloste Demokratie? Politische Kultur und Unterstützung der Demokratie in Deutschland, in: Decker, O., Kiess, J., Heller, A., Brähler, E. (Hrsg.) *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen*, Leipziger Autoritarismus Studie 2024, Psychosozial-Verlag, 181-206.
- 41 Pickel, S., Uslucan, H.-H., Oliver Decker, O., Fritsche, I., Lütze, F. M., Pickel, G., Kiefer, M., Spielhaus, R. (2024b): Radikalisierung in Deutschland – Eine Spirale mit wechselseitigem Antrieb? Befunde einer Repräsentativbefragung zu radikalem Islam und radikalem Anti-Islam, gesellschaftlicher Polarisierung und wahrgenommenen Bedrohungen als Triebfaktoren von Radikalisierungs- und Co-Radikalisierungsprozessen.
- 42 Streck, W. (2015): *Gekaufte Zeit*, Frankfurt am Main.
- 43 tagesschau (2024): Sylter Bar stellt nach Rassismus-Eklat Strafanzeige, 26.05., online: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/sylt-handyvideo-rassismus-reaktionen-104.html> [03.02.2025].
- 44 Weßels, B. (2024): Politische Integration und politisches Engagement, Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hrsg.), *Sozialbericht 2024*, Bonn, 345-352.
- 45 Zajak, S., Best, F., Pickel, G., Quent, M., Römer, F., Steinhilper, E., und Zick, A. (2024): Ablehnung, Angst und Abwanderungspläne. Die gesellschaftlichen Folgen des Aufstiegs der AfD, DeZIM Data.insights, Berlin.

**Akademie Deutscher  
Genossenschaften e. V.**  
Schloss Montabaur  
56410 Montabaur  
[www.adg-campus.de](http://www.adg-campus.de)

**Zentrale**  
T: +49 2602 14-0

**Information & Kontakt**  
Bereich ADG Research  
Leitung Dr. Viktoria Schäfer  
[viktoria.schaefer@  
adg-campus.de](mailto:viktoria.schaefer@adg-campus.de)

**Im Auftrag des  
Landtags Rheinland-Pfalz**

**LANDTAG  
RHEINLAND-PFALZ**

